

# maldekstra #8

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

SEPTEMBER 2020



## Solidarität in Zeiten der Pandemie

Covid-19 ist ein Virus, und entgegen vielen Behauptungen macht es die Menschen nicht gleich angesichts einer vermeintlich gleichen Gefahr. Denn auch für Pandemien gilt: Wer arm ist und sozial benachteiligt, hat geringere Chancen, zu überleben.

Am Anfang der Krise, der wir den Namen „Corona“ gegeben haben, waren Menschen betroffen, die nicht unter Armut litten. Menschen, die in den Skiurlaub fahren oder es sich leisten konnten, eine Reise auf einem Kreuzfahrtschiff zu machen. Covid-19 ist ein modernes Virus, das in einer globalisierten Welt ungeliebter blinder Passagier auf vielen Urlaubs-, Handels- und Lieferwegen sein kann. Es hat nicht lange gedauert, bis vor allem jene erkrankten, die aus einkommensschwachen Verhältnissen kommen, die nicht genug zum Leben und nicht ausreichend Platz zum Wohnen haben, die unter schlechtesten Bedingungen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und denen der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung verwehrt ist. Eine ganz normale, kapitalistische Geschichte also. Und so, wie eine Straßenbahn die andere verdecken kann, droht die Pandemie zu übertünchen, dass keines der Probleme, mit denen wir es vorher zu tun hatten, verschwunden ist. Multimorbidität nennt es die Medizin. Die Welt krankt gerade an vielem.

## Inhalt

- 3 „**Radikale Fragen**“ Boris Kanzleiter über internationale Solidarität in Zeiten von Corona
- 7 **Wie Corona die politische Bildung verändert** Unabhängige Portale und Redaktionen
- 8 **Bildung als Schlüssel zum Erfolg** Wie ein links regierter Bundesstaat in Indien Vorbild wurde
- 9 **Die Normalität ist die Krise** Südafrika in Zeiten der Coronavirus-Pandemie
- 11 **Mit erhobenem Kopf** Über die Covid-19-Krise als Chance für Transformation in Afrika
- 12 **„Mehr schwarze Geschichten“** Die südafrikanische Verlegerin Thabiso Mahlape im Gespräch
- 14 **Wachsender Widerstand** Die Corona-Krise in den palästinensischen Gebieten
- 15 **Verärgerung, Unruhe und Zorn** In Russland deuten sich ernsthafte Verschiebungen an
- 16 **Der König ist nackt** Stunde der Exekutive oder Krise des Autoritarismus durch Corona?
- 18 **Neue Herausforderungen** Polens großes Wahlspektakel in Corona-Zeiten
- 19 **Wir brauchen mehr als nur Kosmetik** Klimakrise: Über die Lehren aus Corona
- 20 **Globale Ungleichheit** Warum es wichtig ist, die WHO zu stärken und konstruktiv zu kritisieren
- 23 **Lassen wir das Leben gewinnen** Gespräch mit der griechischen Kampagne „Covid-19: Lasst niemanden allein“

## Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, in Kooperation mit der

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

**Beirat** Hana Pfenning, Boris Kanzleiter

**Redaktion** Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof (V.i.S.d.P.), Sigrun Matthiesen, Anne Schindler  
Mitarbeit: Tom Strohschneider

**Gestaltung** Michael Pickardt

**Abbildungen** National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID)

**Kontakt** Tel. 030.2978.4678  
kontakt@common.berlin

**Druck** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11  
10365 Berlin

**Druckauflage** 57.500

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über [bestellung.rosalux.de](mailto:bestellung.rosalux.de). Anfragen und Leser\*innenbriefe bitte an [maldekstra@rosalux.org](mailto:maldekstra@rosalux.org)

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

## „... aus den Fugen“

Diese Ausgabe der „maldekstra“ – so war der Plan – sollte sich mit dem Thema „Seidenstraße“ beschäftigen. Ein Mega-Projekt, das stellvertretend dafür steht, was der Kapitalismus zustande bringen kann, welche Krisen er verursacht und welchen Wohlstand er bereitzustellen in der Lage ist, wie sich dieser Wohlstand über die ganze Welt verteilt und zugleich den größten Teil der Weltbevölkerung außen vor lässt oder gar noch ärmer macht, als er ohnehin schon ist. Ein Projekt, das Welt macht und in dem sich die Kämpfe der Gegenwart um wirtschaftliche Vormachtstellung und Führungsanspruch in Fragen der Globalisierung spiegeln.

Dann kam Corona. Eine Pandemie, die zum Inbegriff jenes Teils der Globalisierung wurde, den die meisten – gezwungenermaßen oder weil es große Vorteile verspricht – in Kauf nehmen. Die Pandemie ist untrennbar verbunden mit Kapital und dem nach ihm benannten Gesellschaftssystem. Mit einer Produktionsweise, die unterzugehen droht, findet das Kapital nicht immer wieder neue Verwertungsmöglichkeiten, indem es sich von lebendiger Arbeit nährt und ununterbrochen in Bewegung ist. Die Grenzenlosigkeit des Bestrebens, sich überall auf der Welt seine Käufer zu kaufen, bringt mit sich, dass auch ein Virus in kurzer Zeit die ganze Welt umrunden kann.

Corona, so der Eindruck, stellt die Welt auf den Kopf und droht, das System an vielen Stellen zum Bröckeln oder gar zum Kollabieren zu bringen. By desaster und nicht by design. Denn nachdem es zu Beginn an guten Worten und auch vernünftigen Taten nicht mangelte, zeigte sich dann doch schnell, dass es *die* Weltgemeinschaft, die sich mit Hilfe ihrer Organisationen in die Lage versetzt, ein weltumfassendes Problem gemeinsam zu lösen, nicht gibt. Und es zeigte sich, dass ein Virus die soziale Frage noch einmal auf ganz andere Weise ins Licht der Öffentlichkeit rückt. Denn gestorben wird vor allem dort, wo es Armut, schlechte und beengte Wohnverhältnisse, mangelnde Gesundheitsversorgung gibt. Das trifft auf New York genauso zu wie auf Quito, Neu-Delhi, Manila oder eine Schlachtfabrik in Gütersloh mit angrenzenden schäbigen Unterkünften für Arbeiter aus Rumänien. Die Hotspots der Welt sind die Armenviertel, auch wenn das Virus keineswegs durch

arme Menschen in die Welt gebracht wird. Skifahren ist deren Sache nicht.

Klar war, dass die Pandemie auf alle und alles Einfluss haben würde. Und dass die Krise des Systems in eine neue Phase tritt. Die Frage, die uns beschäftigt ist, ob in dieser Krise auch die Solidarität in Quarantäne geht, in einen Lockdown gezwungen ist, der es unmöglich macht, Kämpfe gegen soziale Ungleichheit, die Klimakatastrophe, neuen Autoritarismus, die Zerstörung der Grundlagen unserer Zivilisation zu organisieren. Der Kämpfe für Klimagerechtigkeit, fairen Handel, Umverteilung des Reichtums, menschenwürdige Arbeitsbedingungen aussetzen, Bündnisse zerfallen, Aktivist\*innen resignieren lässt.

Der Alltag, die Arbeit, das Denken, alles ist in Veränderung begriffen und von Corona betroffen. Und es stellt sich die Frage, ob eine Gesellschaft, die auf Konkurrenz und Ausbeutung beruht, in der Lage sein kann, solidarisch auf eine solche Bedrohung zu reagieren.

Wir haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefragt, wie es in „ihren“ Ländern und Regionen aussieht, wie sich das Leben und die Arbeit unter und mit Corona verändert haben. Was ist unterbrochen worden, was neu entstanden, wie kann Bildungs- und Vernetzungsarbeit organisiert werden, wenn Menschen nicht mehr zusammenkommen können?

Krisen zeigen die Schwachstellen eines Systems und stellen all jene, die das System ändern wollen, auf eine harte Probe.

Wie oft sagen Linke den Satz, nie hätte Solidarität so sehr notgetan wie gerade jetzt und heute und hier? Ist er verbraucht? Hat er Steigerungsmöglichkeiten? Oder gilt er einfach seit 500 Jahren, ohne seine Dringlichkeit und seine Richtigkeit eingebüßt zu haben?

Von Solidarität sprechen gegenwärtig viele. Auch Staatsoberhäupter. Meinen aber zumeist „nur“: sich vernünftig verhalten, Vorsicht walten lassen, andere nicht durch eigene Unvernunft in Gefahr bringen. Das aber ist noch keine Solidarität. Sondern eine Mischung aus Anstand und Selbstsorge. Auch gut. Aber: Solidarität in Zeiten von Corona muss anders aussehen.

Kathrin Gerlof

## Arbeiten unter Corona: Buenos Aires

Seit dem 17. März haben wir praktisch fast komplett im Homeoffice gearbeitet. Die argentinische Regierung unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Alberto Fernández verfolgte in Sachen Corona einen vorbildlichen Präventivkurs und hatte auch zur Abfederung der tiefgreifenden Rezession umfassende staatliche Hilfen bereitgestellt. Im seit über 40 Jahren neoliberal regierten Chile mit seinem nach privatwirtschaftlicher Logik funktionierenden Gesundheitssektor spitzte sich die Lage jedoch bereits im Mai dramatisch zu. Am entspanntesten ging es im 3,5-Millionen-Land Uruguay zu, wo die Linke von 2005 bis 2020 das staatliche Gesundheitswesen gestärkt und ertüchtigt hatte. Wir haben die Arbeit mit mehreren sozialen Organisationen spürbar ausgeweitet, die besonders betroffenen Menschen in Armenvierteln der urbanen Ballungsgebiete wie Buenos Aires, Córdoba oder Rosario halfen, sich zu organisieren. Unsere Partner aus dem Kleinbäuer\*innen-Dachverband Vía Campesina spielen bei der Stärkung der Ernährungssouveränität und des Biolandbaus eine aktivere Rolle denn je zuvor – auch dank der tatkräftigen Unterstützung des Regionalbüros. **Gerhard Dilger** (Leiter des RLS-Regionalbüros Buenos Aires)

## „Radikale Fragen werden legitimer“

Boris Kanzleiter über eine Pandemie, die gesellschaftliche Probleme, Konflikte und Ungleichheiten verstärkt – und über die internationale Solidarität in Zeiten von Corona

*Ihr seid weltweit aufgestellt, habt Büros in verschiedenen Ländern und Regionen, vor Ort arbeiten Kolleg\*innen aus Deutschland zusammen mit Kolleg\*innen aus den Ländern – sind bislang alle gesund durch die Pandemie gekommen?*

Die Covid-19-Pandemie stellt uns vor große Herausforderungen. Wir können den Bürobetrieb in allen unseren 26 Auslandsbüros aufrechterhalten. Allerdings handelt es sich um eine Arbeit unter sehr erschwerten Bedingungen. Überall müssen die Hygienemaßnahmen eingehalten werden. Die meisten unserer 40 entsandten und 200 lokalen Mitarbeiter\*innen arbeiten im Homeoffice und sind nur eingeschränkt in den Büros präsent. Eine Kollegin ist an Covid-19 erkrankt. Überall müssen Veranstaltungen abgesagt werden, viele Pläne und Vorhaben lassen sich nicht mehr realisieren. Neben den Einschränkungen durch die Hygienemaßnahmen gibt es in vielen Ländern aufgrund der Krise erschwerte politische Bedingungen.

*Welche neuen Formen des Arbeitens sind aus der Not entstanden, haben sich dann aber doch auch als Gewinn herausgestellt?*

Wir haben vieles auf digitale Formate umgestellt. In gewisser Weise hat sich unter dem Eindruck der Pandemie die Kommunikation zwischen unseren Kolleg\*innen und politischen Partner\*innen weltweit intensiviert. Es entstehen neue Formen der Arbeitsorganisation, des Erfahrungsaustauschs, der Kommunikation und Kooperation. Einige Elemente, wie die Webinare und Livestreams, bereichern die politische Bildungsarbeit und Organisationsprozesse.

*Klingt, als wärt ihr ganz gut durchgekommen bis hierher.*

Ja. Aber gleichzeitig zeigt sich, dass wir mittel- und längerfristig vor einer großen Herausforderung stehen. Die politische Linke und soziale Bewegungen leben natürlich in erster Linie davon, dass Menschen unmittelbar zusammenkommen können. Dass man sich austauschen und gemeinsam protestieren, kämpfen kann. Wir entwickeln Politik ja aus der Gesellschaft heraus. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen zwar nicht unmöglich,

aber stark erschwert. Auch wenn es mittlerweile weltweit mehr Mobilfunkverträge als Menschen gibt, können viele Menschen nicht an der digitalen Kommunikation teilnehmen, weil sie keine Geräte besitzen. Wir müssen also neue Strategien entwickeln.

*Dass Menschen für ihre Kämpfe, für Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, gegen Rechtsradikalismus, Rassismus zusammenkommen müssen, ist klar. Gerät die Linke durch die Pandemie noch einmal zusätzlich in eine Krise?*

Ich würde sagen, dass uns der Wind noch stärker ins Gesicht bläst als vor der Pandemie. Im Grunde werden alle bestehenden gesellschaftlichen Probleme, Konflikte und Ungleichheiten durch diese Krise verstärkt, vertieft und erweitert. Das fängt mit der Krise der Gesundheitssysteme an, die ja auch davor schon da war, die nun vielerorts existenziell verschärft wird. Dazu kommen die immensen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie. Bereits im Herbst 2019 hatte sich eine weltweite Wirtschaftskrise abgezeichnet, jetzt stehen wir nach Ansicht aller ernstzunehmenden Wissenschaftler\*innen am Anfang der größten globalen Wirtschaftskrise mindestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Das wird natürlich enorme politische Folgen haben, die schwer absehbar sind.

*Welche politischen Brüche und gesellschaftlichen Veränderungen zeichnen sich deiner Meinung nach ab?*

Es ist sehr widersprüchlich, aber wir durchleben wohl eine Zeit großer politischer Umbrüche. Auf der einen Seite verlieren manche autoritären Regierungen weltweit massiv an Legitimität, weil sie wie Donald Trump in den USA oder Jair Bolsonaro in Brasilien in der Krise komplett versagen. Gleichzeitig werden andere autoritäre Regime aber eher gestärkt, weil sie Sicherheit und Stabilität zu bieten scheinen oder ein recht erfolgreiches Krisenmanagement betreiben, wie beispielsweise die VR China. Besonders drastisch werden die sozialen und wirtschaftlichen Folgen sein, die sicher heftige politische Reaktionen auslösen werden. Die Pandemie führt zur Unterbrechung



Foto: privat

**Boris Kanzleiter** studierte in Berlin und Mexiko-Stadt Geschichte. Er promovierte zum Thema „1968 in Jugoslawien“. Internationalistisch engagierte er sich unter anderem in der Solidaritätsbewegung für die Zapatistas und für die Antikriegsbewegung im ehemaligen Jugoslawien. Von 2009 bis 2016 leitete er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Südosteuropa in Belgrad. Seit 2016 ist er Direktor des Zentrums für internationalen Dialog der Stiftung. Mit ihm sprach **Kathrin Gerlof**.

und Restrukturierung globaler Produktionsketten. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO könnten bis Ende 2020 weltweit bis zu 340 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Dazu kommen die schnell wachsende Verschuldung von Staatshaushalten und Privathaushalten vor allem auch im globalen Süden sowie der Verfall der Rohstoffpreise. Das alles wird zu Verteilungskämpfen führen. Ich denke auch, dass sich die ökologische Krise weiter verschärfen wird. Zwar wird momentan weniger geflogen und produziert. Aber die Kürzungsdiktate und die Austeritätspolitik, die anstehen, werden den Spielraum für die dringend notwendige ökologische Wende verengen. Frauen werden von der sozialen Krise und der Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse besonders negativ getroffen. Die Linke befindet sich also in vielen Feldern in einer defensiven Situation.

*Worin könnten aber auch Gelegenheiten für Linke und soziale Bewegungen bestehen?*

Viele Strukturen werden momentan infrage gestellt. Dadurch werden auch radikale Fragen legitimer. Die erstaunliche Fähigkeit der Gesellschaft, auf die Pandemie zu reagieren und das Leben innerhalb kurzer Zeit zu verändern, hat gezeigt: Wenn politischer Wille da ist, kann sehr schnell sehr viel verändert werden. Das, was viele vorher als unrealistisch angesehen haben, wird denkbarer, weil wir sehen, dass Regierungen in der Lage sind, fundamentale Entscheidungen zu treffen. Es gibt eine neue Offenheit, darüber zu sprechen, was grundsätzlich geändert werden müsste, damit wir eine gute Zukunft haben. Diese neue Offenheit wurde durch die Proteste von „Fridays for Future“ und die Debatte um die globale ökologische Krise eingeleitet und setzt sich nun im Kontext der Corona-Krise fort. Selbst manche Konservative sahen am Beginn der Krise vor dem Hintergrund der mangelnden medizinischen Infrastruktur die Notwendigkeit, Produktion an den gesellschaftlichen Bedarfen und Notwendigkeiten auszurichten und nicht am Profitprinzip. Auch die linke Forderung nach einer für alle zugänglichen sozialen Infrastruktur ist in vielen Debatten zum Allgemeinplatz geworden. Die Erkenntnis, dass nur eine Gesundheitsversorgung für alle Menschen auch den Einzelnen schützt, setzt sich vor dem Hintergrund der Pandemie-Situation durch. Auch die Erkenntnis, dass Gesundheit etwas mit Arbeit, Wirtschaft und Ökologie zu tun hat, ist verbreiteter als zuvor. Die Notwendigkeit der Reform und Stärkung multilateraler Organisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wird stärker diskutiert. Die Linke kommt also einerseits in manchen Politikfeldern in eine stärkere Sprechposition. Andererseits ist die Ausgangssituation für soziale und politische Kämpfe, um linke Ideen und Forderungen auch durchzusetzen, aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Krise weltweit wohl eher schwieriger geworden.

*Wenn du davon redest, dass es eine Legitimationskrise der Politik, aber auch des Systems gibt, muss man sagen: In einem so hoch entwickelten Land wie Deutschland ist das Gegenteil der Fall. Hier ist, mit*

*teilweise militärischem Vokabular – „Wir werden diesen Krieg gewinnen“ –, eine hohe Übereinstimmung und Zustimmung erreicht worden. Anderswo gibt es diesen Schwund der Legitimität. Und doch halten in solchen Krisen die meisten an dem fest, was sie haben.*

Das ist richtig. Hier hat die CDU/CSU in den Umfragen seit März um zehn Prozent dazugewonnen. Die Opposition – leider auch DIE LINKE – stagniert. In globaler Hinsicht sieht es anders aus. Wir haben in vielen Ländern das Problem, dass die staatlichen, öffentlichen Institutionen überhaupt nicht in der Lage sind, auf die Herausforderungen der Pandemie wirklich zu reagieren. Sie sind ausgehöhlt und zerstört worden durch die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte. Es fehlt an wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur dafür, solch eine Krise zu bewältigen. Das sehen wir in den USA, aber auch in europäischen Ländern wie Serbien oder in Großbritannien. Da gibt es diese Krise der Legitimität.

*Die Linken machen schon lange die Erfahrung, dass es keinen Automatismus gibt, wenn die Krise oder die Krisen sich verschärfen, dass daraus Politikwechsel oder gar Transformation, Revolution entsteht. Im Gegenteil – in Krisenzeiten bewegen sich Gesellschaften weniger nach links, mehr nach rechts. Die Konjunktur autoritärer Regime spricht dafür. Mit dieser Erkenntnis im Kopf fällt es doch schwer, historischen Optimismus zu haben.*

Das stimmt. Andererseits gibt es aber diese Gelegenheitsfenster für neue linke Aufbrüche. Dafür spricht zum Beispiel die Bewegung „Black Lives Matter“ in den USA, die sich schnell auch in Europa ausgebreitet hat. Auch die Proteste in Beirut nach der katastrophalen Explosion Anfang August, die an die Demokratieproteste des vergangenen Herbstes anknüpfen, oder die Bewegung gegen Aljaksandr Lukaschenka in Belarus zeigen das. Proteste und Veränderungen sind auch in der Corona-Krise möglich. In der Gesamtschau verschieben sich die Kräfteverhältnisse gegenwärtig aber nicht zu unseren Gunsten.

*In Berlin sieht man häufig Schilder an Straßenbahnschienen, auf denen steht: „Vorsicht! Eine Straßenbahn kann eine andere Bahn verdecken“. Was alles verdeckt die Pandemie? Und wie können wir es sichtbar machen?*

Die Pandemie scheint für einen Moment manche Probleme, wie die ökologische Krise, zu verdecken. Aber die strukturellen Probleme und Konflikte werden schnell wieder auf der Tagesordnung stehen. Mit unseren politischen Partnerinnen und Partnern weltweit wollen wir daher diskutieren, wie wir die verschiedenen Kämpfe um soziale Gerechtigkeit, demokratische Rechte und einen ökologischen Systemwandel zusammenführen können. Wie können wir politische Projekte formulieren, die gegen die Vielfachkrise des Kapitalismus eine Politik der globalen Solidarität sozialer, ökologischer, feministischer, gewerkschaftlicher Bewegungen setzen können?

*Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wollte vergangenen Mai einen internationalen Kongress zum Thema „Globale*

*Solidarität“ in Leipzig durchführen. Der musste abgesagt werden. Wie geht es nun weiter?*

Unser Ansatzpunkt war, dass wir auf der einen Seite die weltweite Stärkung des Autoritarismus, die ökologische Krise und die wachsende soziale Ungleichheit beobachten und auf der anderen Seite neue transnationale soziale Bewegungen und linke Akteure entstehen, wie die Klimagerechtigkeitsbewegung, die neue feministische Bewegung und neue Ansätze im gewerkschaftlichen Organizing. Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Vielfachkrise wollten wir mit den Akteuren dieser neuen Bewegungen und linken Organisationen über die Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Strategien eines neuen Internationalismus diskutieren. Durch die Beschleunigung der Krisen im Zuge der Covid-19-Pandemie ist das Thema noch dringlicher geworden.

*Das Wort „Solidarität“ war in den vergangenen Monaten in vieler Munde. Oft als Mahnung, sich an die Regeln zu halten, Abstandsgebote einzuhalten, Social Distancing. Der Begriff „Solidarität“ ist sozusagen runtergebrochen worden auf vernünftiges Verhalten, Anstand. Und wenn rumänische Vertragsarbeiter massenhaft erkrankten, haben die das Virus eingeschleppt. Dann wurden die ganzen schönen Reden brüchig. Wie bekommen wir die Solidarität, wie Linke sie meinen, wieder in die Finger? Der Begriff ist okkupiert worden.*

Der Solidaritätsbegriff hat in der Corona-Krise tatsächlich eine Hochkonjunktur erlebt. In der Vergangenheit wurde er sehr unterschiedlich

gebraucht. Die katholische Soziallehre meint mit „Solidarität“ die barmherzige Hilfe für die Bedürftigen. Anarchist\*innen verbanden damit das Prinzip des Mutualismus, der gegenseitigen Hilfe. In der Gewerkschaftsbewegung meint „Solidarität“ das Zusammenstehen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die gegenüber dem Kapital gemeinsame Interessen formulieren und erkämpfen. In der sozialistischen und kommunistischen Bewegung wurde der Begriff der „internationalen Solidarität“ benutzt, um gegen nationalistische Kriegshetze zu mobilisieren oder Befreiungsbewegungen zu unterstützen. Der Solidaritätsbegriff wird aber ebenso von Regierungen bemüht, um unpopuläre Maßnahmen zu begründen und durchzusetzen. Beispielsweise beim 1991 eingeführten „Solidaritätszuschlag“, mit dem die Bundesregierung die Kosten des Irakkrieges, der marktwirtschaftlichen Transformation Osteuropas und der Wiedervereinigung finanzieren wollte. Wenn jetzt von Regierungen zur Solidarität aufgefordert wird, um die Kosten der Corona-Krise gemeinsam zu tragen, wird dadurch oft verschleiert, dass damit versucht wird, die Kosten auf die Mehrheit abzuwälzen, während eine winzige Minderheit immer reicher wird. Unsere Diskussion versucht den Begriff der Solidarität dagegen für einen neuen emanzipatorischen Internationalismus fruchtbar zu machen. Im Römischen Recht bedeutete Solidarität (obligatio in solidum) eine besondere Form der Haftung: Mehrere schulden eine Leistung so, dass jeder von ihnen die ganze Leistung zu erbringen verpflichtet ist, der Gläubiger sie aber insgesamt nur einmal fordern darf. Das

## Arbeiten unter Corona: Quito

Nach 78 Tagen Lockdown schaltete die Covid-Ampel in Quito Anfang Juni von Rot auf Gelb. Auch nicht lebenswichtige Büros durften wieder Präsenzarbeit aufnehmen – mit Hygieneprotokoll. Im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito, in dem sonst zwölf Kolleg\*innen arbeiten, sind wir jetzt an manchen Tagen wieder zu dritt. Manchmal sprechen wir auch wieder ohne elektronische Hilfsmittel miteinander, wenn es länger dauert, aber nur mit Maske und auf der Terrasse. Die letzte Veranstaltung mit Gästen im Büro hatten wir Anfang März, damals schon mit Alkoholgel-Spendern zur Handdesinfektion.

Montags um 10 Uhr treffen wir uns weiterhin alle im Zoom-Meeting. Die Frage „Wie geht's?“ hier eigentlich eine Floskel, auf die niemand eine Antwort erwartet, hat eine neue Bedeutung gewonnen. Bisher ist niemand aus dem Team angesteckt, aber manche Kolleg\*innen wohnen mit ihren Eltern oder Großeltern zusammen. Risikogruppen. Die ganze Familie der Schwester eines Kollegen war krank, der Schwager hatte einen schweren Verlauf. Manche haben Bekannte in Guayaquil, der am stärksten betroffenen Stadt in Ecuador und in Lateinamerika. Im April starben dort über fünfmal mehr Menschen pro Woche als in den Vorjahren. Viele kennen Erkrankte in der Hafencity. Eine Kollegin berichtete von einem befreundeten Arzt, der gestorben ist. Die Pandemie traf die Ärzt\*innen und Pfleger\*innen in Ecuador unvorbereitet und schlecht ausgerüstet.

Nach 78 Tagen war der Lockdown auch ohne offizielle Erlaubnis von vielen schon aufgehoben. In Ecuador hängt das Einkommen von über der Hälfte der Familien vom informellen Sektor ab. Sie mussten wieder arbeiten gehen, in kleinen Geschäften durch eine Gittertür verkaufen, putzen gehen oder an den Ampeln betteln. Die staatlichen Hilfen und die privaten Solidaritätsinitiativen reichten nicht aus, um alle Familien zu ernähren. In meiner Nachbarschaft ist jetzt ein Maurer krank geworden. Er hatte angefangen, wieder zu arbeiten, bevor es offiziell

erlaubt war. Die halbe Nachbarschaft machte Covid-Schnelltests, 30 Dollar das Stück, alle negativ, bis auf den Kranken. Wegen Geschichten wie dieser ist das „Wie geht's?“ jeden Montag eine ernstgemeinte Frage. Bei manchen Kolleg\*innen ist die Internetverbindung zu Hause schlecht. Im Zoom schalten sie die Kamera aus, manchmal bricht die Verbindung ab, aber wir alle sind privilegiert. Manchen der Familienangehörigen wurde wegen der Corona-Krise, die eine schon bestehende Wirtschaftskrise in Ecuador verstärkt, gekündigt. Für die Staatsangestellten wird der Lohn gekürzt. Für viele der Aktivistinnen, Journalisten, Forscherinnen, Buchhalter, Koordinatorinnen oder Moderatoren in den Projekten, die wir unterstützen, sind die Honorare, die wir zahlen, ein wichtiges Einkommen – jetzt wichtiger denn je. Auch deshalb wollten wir unsere Arbeit nie stoppen, trotz Ausgangssperre.

Die staatliche Unterstützung für diejenigen, die mit der Krise ihr Einkommen verloren haben, ist völlig unzureichend. Deshalb haben sich überall in Ecuador Solidaritätsinitiativen gebildet, die Lebensmittelpakete verteilen. Um diese Organisation von unten sichtbar zu machen und zu unterstützen, haben wir sie auf einer Landkarte von Ecuador versammelt, mit Adresse und Kontonummer. Eines der Projekte, mit denen wir auf die Krise reagieren. Ein anderes: Untersuchungen zu den Gesundheitssystemen in der Region, die immer schlecht ausgestattet waren, aber durch die Ausrichtung auf privaten Gewinn, Prestigeprojekte statt guter Ausstattung für alle und aufgrund von Korruption dem Virus wenig entgegenzusetzen haben.

Die Ampel steht auf Gelb, auf den Straßen fahren fast schon wieder so viele Autos wie vor dem Lockdown. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen steigt nicht. Noch nicht. Aber die Krankenhäuser sind voll. Die Frage „Wie geht's?“ jeden Montagmorgen in die Runde, wird noch lange eine bange Frage bleiben.

**Ferdinand Muggenthaler** (Leiter des RLS-Regionalbüros Andenregion)

Wort „Solidarität“ bezeichnet in diesem Sinn nicht die Zusammengehörigkeit der Beteiligten, sondern dass jeder „in solidum“, also „auf das Ganze“ haftet.

*Und das wäre heute dringend geboten?*

Wenn wir davon ausgehen, bedeutet globale Solidarität heute, dass wir es uns selbst schuldig sind, Lösungen für das Ganze zu suchen, das unsere Existenz als Menschheit sichert. Wir sprechen von der Notwendigkeit, die verschiedenen Kämpfe sozialer und ökologischer Bewegungen, linker und demokratischer Akteure in globaler Solidarität aufeinander zu beziehen, um eine Antwort auf die globale Vielfachkrise des Kapitalismus zu erarbeiten. Dabei geht es darum, einen Dialog über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entwickeln und dabei Erfahrungsaustausch zu organisieren. Solidarität in diesem Sinne meint zwar schon die Suche nach gemeinsamen Interessen, geht aber andererseits vor allem auch von der Bereitschaft aus, zu erkennen, dass der andere eben nicht die gleichen, sondern auch andere Interessen haben kann und dennoch Bestandteil der gemeinsamen Antwort auf die Krise ist. Die Widersprüche zwischen Ökologiebewegung und Industriegewerkschaften, zwischen linken Regierungen und sozialen Bewegungen, zwischen Arbeiter\*innen an verschiedenen Positionen der globalen Produktionsketten, zwischen Bewegungen gegen Extraktivismus und linken Regierungen, die versuchen, eigene Entwicklungswege zu gehen, müssen offen diskutiert werden, um Ansätze gemeinsamer Strategien für das große Ganze entwickeln zu können. Ein Ansatzpunkt dafür ist auf einer normativen Ebene sicher ein neuer, erweiterter und radikaler Menschenrechtsbegriff, der neben den politischen Rechten und Persönlichkeitsrechten auch die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte umfasst. Auf der politischen Ebene muss es um die Stärkung der Kämpfe für einen sozialistischen Green New Deal gehen, der in einem umfassenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess auf eine ökologische Transformation, globale soziale Gerechtigkeit und Demokratie zielt.

*Corona hat ziemlich deutlich gezeigt, wo die Milieugrenzen verlaufen. Für den Besuch eines Freibades*

*braucht man gegenwärtig meist eine App und PayPal. Nie waren diese Bäder so weiß wie gegenwärtig. Die Größe der Wohnung entschied darüber, wie gut oder schlecht Menschen den Lockdown überstehen konnten. Die Anzahl der Tablets und Computer darüber, ob Kinder und Jugendliche die Möglichkeit hatten, trotz geschlossener Schulen weiterzulernen. Bei VW gab es 90 Prozent Kurzarbeitergeld, in Unternehmen ohne Tarifbindung 60 Prozent. Zu Beginn der Pandemie lagen in den Krankenhäusern die Skifahrer\*innen aus Ischgl, später waren es zunehmend Menschen aus einkommensschwachen Verhältnissen. Schweine kann man nicht im Homeoffice schlachten. Ungleichheit ist der größte Risikofaktor dafür, an Corona zu erkranken oder wegen Corona existenziell zugrunde zu gehen. Ungleichheit, die durch die Pandemie noch größer geworden ist, könnte zugleich ein Katalysator für mehr Solidarität sein. Ist das zu optimistisch gedacht? Ich glaube, dass es in der nächsten Zeit sehr stark darauf ankommen wird, Organisationsprozesse unter den neuen Bedingungen zu stärken. Und zwar von genau den Gruppen, die von der Pandemie am stärksten betroffen sind. Das sind zum Beispiel Frauen, die oft in den Gesundheitsberufen arbeiten, aber auch von dem Rollback traditioneller Rollenbilder betroffen sind. Das sind Wanderarbeiter, Migrantinnen und Migranten, Menschen, die auf engem Raum in Ghettos leben. Weltweit zeigt sich dieses Muster: Corona trifft die Subalternen schwerer. Und die Politik zur Überwindung der Corona-Krise hat einen Klassencharakter. Wir sollten uns an die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 erinnern, in deren Folge sich verschiedene soziale Bewegungen artikuliert haben, vom Arabischen Frühling über Occupy Wall Street bis zu den sozialen Bewegungen in Südeuropa, wie den Indignados in Spanien. Das war ein ähnlicher Krisenkontext. Zuerst der Schock, dann starke soziale Angriffe und Austeritätspolitik und dann starker sozialer Widerstand, der sich auch in neue politische Organisationen und neue linke Parteien verwandelte. Jetzt stehen wir wieder vor einer weltweiten Krise, die wahrscheinlich ungleich tiefer sein wird als 2008. Wie die politischen Folgen aussehen werden, wissen wir nicht. Aber wenn es linken Bewegungen nicht gelingen wird, Antworten zu formulieren, droht eine weitere Stärkung der Rechten.*

## Arbeiten unter Corona: New York

Das New Yorker Büro liegt in Midtown Manhattan, also in einem Geschäftsviertel, nicht weit von der Grand Central Station und der New York Public Library. Dort leben nicht allzu viele Menschen, entsprechend leer ist es jetzt auch. Wir waren ab dem 15. März im Homeoffice, versuchten, unsere geplanten Projekte in den virtuellen Raum zu verlagern und die Entwicklungen in einem Blog zu reflektieren. New York war ein Hotspot der Pandemie, auch wenn das Gesundheitssystem nicht, wie befürchtet, zusammengebrochen ist. In der Hochphase standen aber vor allen Krankenhäusern Kühlwagen, die als provisorische Leichenhallen dienten. Aufgrund des völlig unzureichenden Krankenversicherungssystems gehen die Leute zu wenig und zu spät zum Arzt, entsprechend ist bei vielen Menschen der allgemeine Gesundheitszustand schlechter, was gerade die ökonomisch Schwächeren anfällig für Infektionen

macht. Die schwarzen und braunen Communitys sind überproportional von dem Virus betroffen, was zu der Erbitterung beiträgt, die sich in den Protesten Bahn bricht. Konferenzen und Delegationsreisen waren nicht mehr möglich. Eine geplante Konferenz zu Handelspolitik und Green New Deal haben wir in Zusammenarbeit mit Brüssel in eine erfolgreiche Webinar-Reihe umgewandelt. Die Frauendelegation zum UN-Forum für indigene Angelegenheiten haben wir online zum Austausch zusammengebracht, was von ihnen als sehr hilfreich und ermutigend empfunden wurde. Trade Unions for Energy Democracy, eigentlich ein Netzwerk von Gewerkschafter\*innen für Just Transition, hat ein globales Online-Forum zur Krise veranstaltet, aus dem sich die Idee einer einwöchigen Global Trade Union Assembly im Internet im Juli entwickelt hat. **Andreas Günther** (Leiter des RLS-Regionalbüros New York)



# Wie Corona die politische Bildung verändert

Unabhängige Portale und Redaktionen und ihre Rolle für progressive Debatten in Zeiten der Pandemie – und darüber hinaus Von Joanna Gwiazdecka

Auch nach Aufhebung des Lockdowns meiden viele Menschen größere Veranstaltungen, vor allem jene, die in geschlossenen Räumen durchgeführt werden müssen. Viele haben sich an die neuen Online-Formate wie Videodebatten oder Webinare gewöhnt, die man bequemer von zu Hause aus genießen kann. Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie jedoch waren die Veranstaltungen mit anwesendem Publikum eines der wichtigsten Instrumente für die politische Bildung. Offen bleibt nun, wie im Weiteren mit dieser Frage umgegangen werden soll und ob die Digitalisierung die politische Bildung ändern wird und kann.

Rasch reagierten vor allem jene Journalisten-Netzwerke auf die plötzlich entstandene Lage, die politische Bildung ohnehin als bedeutenden Faktor ihrer Tätigkeit ansehen. Die vor allem von jüngeren Erwachsenen frequentierten Zeitschriften- und Nachrichtenportale setzten auf Podcasts und auf im Netz übertragene Debatten zu aktuellen politischen Themen. Für die interessierte Öffentlichkeit wurde ein schnell erreichbarer und zugänglicher Raum für Dialog und Austausch geschaffen.

Einen Podcast könne man in der Straßenbahn oder beim Vorbereiten des Mittagessens vom Mobiltelefon aus verfolgen, wurde das Format gelobt. Auch kurze Videoreihen mit anschließenden lebhaften Debatten, die das ungarische Fernsehen „Partisan“ in Zusam-

menarbeit mit der ungarischen Zeitschrift „Fordulat“ vorbereitete, erfreuten sich schnell größerer Beliebtheit. „Fordulat“ und „Partisan“ sehen sich als alternative Medien, die neue Kommunikations-, Übertragungs- und Zusammenarbeitsmodelle suchen. „Von überall kann zugeschaut werden, es braucht nur noch gute Kopfhörer für das Mobiltelefon“ – so eine überzeugende Werbung für politische Bildung im Alltag.

Auch herkömmliche Formate, wie Druckerzeugnisse, werden weiterhin für Ziele der politischen Bildung eingesetzt, allerdings mit der grundlegenden Änderung, dass wichtige Texte auch sofort ins Netz gestellt werden, damit sie mehr Leser\*innen erreichen.

Die tschechische Zeitschrift „A2“, die eine gut besuchte eigene Website unterhält, und das Web-Portal „A2larm“, das sich auf Nachrichten und kurze Kommentare konzentriert, ergänzen sich dank dieser Vorgehensweise erfolgreich. Die Zeitschrift wird von einer eigenen Redaktion hergestellt, das Web-Portal hat eine andere Redaktionsmannschaft, doch die veröffentlichten Inhalte fließen ineinander, werden in beide Richtungen verbreitet, um desto stärker zu wirken. „Wir setzen uns gemeinsam für die Stärkung der linksorientierten öffentlichen Debatte und die Verbreitung linksorientierter Ideen ein“, lautet eine kurze Erklärung. Der thematischen Ausgabe „Kunst in der Quarantäne“ der Zeitschrift „A2“ folgte dann eine Debattenreihe zu aktuellen politi-

schen Themen, an der sich beide Redaktionen beteiligt haben.

Die slowakische Zeitschrift „Kapital“ gestaltete einen vor allem politisch ausgerichteten, mehrteiligen Podcast, der über die Webseite abgerufen werden kann. Die Themen betreffen nicht nur aktuelle Entwicklungen, sie reichen von Besprechungen neuester Literatur über Antisemitismus, Feminismus bis zu LGBTQ. Es geht vor allem darum, linken und linksorientierten Wissenschaftler\*innen, Expert\*innen oder Persönlichkeiten eine zusätzliche Stimme in der Öffentlichkeit zu geben.

Alle in den drei Ländern genannten Medien gehören nicht zum Mainstream und könnten deswegen leicht übersehen werden, obwohl sie sich in ihren Ländern einen Namen gemacht haben. Sie sind eine wichtige Plattform, auf der eine ganze Generation jüngerer Journalisten und Publizisten Erfahrungen sammelt.

Journalismus darf nicht mit politischer Bildung gleichgesetzt werden, das wäre eine grobe Vereinfachung. Trotzdem bieten unabhängige Portale und Redaktionen in Corona-Zeiten einen tragfähigen Anhaltspunkt für Debatten und Auseinandersetzungen, die im Sinne kluger politischer Bildung nicht unterschätzt werden sollten.

**Joanna Gwiazdecka** leitet das Büro Prag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Tschechien, Slowakei, Ungarn).

# Bildung als Schlüssel zum Erfolg

Wie ein links regierter Bundesstaat in Indien zum Vorbild im Kampf gegen Covid-19 wurde

Von Muriel Weinmann

In Indien leiden besonders die armen Bevölkerungsschichten unter dem Ausbruch des Coronavirus. Die Regierung scheint sie vergessen zu haben. Kein Einkommen, zu wenig Essen und kaum eine Möglichkeit, die notwendigen hygienischen Maßnahmen zu treffen – das prägt den täglichen Kampf ums Überleben.

Am Beispiel des im Südwesten Indiens liegenden Bundesstaates Kerala zeigt sich, dass es auch andere Wege im Umgang mit der Krise gibt. Die linke Regierung investiert seit Jahren in Bildung und in das Gesundheitssystem und ist damit zu einem Vorbild im Umgang mit dem Virus geworden.

K. K. Shailaja, auch bekannt als Shailaja Teacher, ist derzeit eine gefragte Persönlichkeit. Sie ist die 63 Jahre alte Gesundheits- und Sozialministerin des Bundesstaates, der seit mehr als 40 Jahren fast durchgängig von einer kommunistisch-marxistischen Regierung geführt wird.

„In Kerala versuchen wir, Geld und Macht gleich zu verteilen. Aufgrund der dezentralisierten Planung sind wir in der Lage [...], die Ärmsten der Armen zu berücksichtigen. Wir helfen ihnen bei dieser Coronavirus-Pandemie“, so die Ministerin selbstbewusst in einem Interview mit dem Sender Al Jazeera.

Das Beispiel Kerala zeigt, dass sich nachhaltige Investitionen in Bildung und Gesundheit sowie eine soziale und nicht nur profitorientierte Regierung auszahlen. Besonders in Krisensituationen. Während uns seit Beginn der Covid-19-Pandemie erschreckende Bilder und Nachrichten aus Indien erreichen und das Land bei den Infektionszahlen mittlerweile auf Platz drei, nach den USA und Brasilien, ge-

klettert ist, zeichnet sich in Kerala ein anderes Bild ab. Auch hier steigen die Zahlen der an Covid-19 verstorbenen Patient\*innen. Dennoch sind sie in Anbetracht der Fläche und der Einwohner\*innenzahl verhältnismäßig gering. Mit 33 Millionen Einwohner\*innen und einer Fläche von knapp 39.000 Quadratkilometern ist Kerala eines der bevölkerungsreichsten Gebiete Indiens. Seit Beginn der Pandemie wird Keralas „Corona-Management“ – national wie auch international – immer wieder positiv hervorgehoben.

Gesundheitsministerin K. K. Shailaja sieht den Schlüssel zu ihrem Erfolg zum einen in der schnellen Reaktion dabei, Vorkehrungen gegen Covid-19 zu treffen, und zum anderen in einem stabilen Sozialsystem. Dieses konnte dank der linken Regierungen in den letzten 50 Jahren aufgebaut werden. „Wir haben die höchste Alphabetisierungsrate in Indien, und unser Pro-Kopf-Einkommen liegt ein Drittel über dem indischen Durchschnitt.“ Schon in den 50er und 60er Jahren wurden im Zuge der Bildung von Arbeiter\*innenbewegungen Landreformen verabschiedet, die ein Ende des feudalen Grundbesitzes begünstigten und zu einer erheblichen Verbesserung des Lebensstandards von Landarbeiter\*innen führten.

Auch der Gesundheitssektor wird in Kerala seit langem gefördert, hier befinden sich einige der besten Krankenhäuser und Kliniken Indiens. Der Anteil der Ausgaben für das staatliche Gesundheitssystem in Kerala ist seit der Unabhängigkeit 1947 einer der höchsten in Indien.

Die Dezentralisierung des Gesundheitssystems ermöglichte zudem schnellere Ent-

scheidungsprozesse im Umgang mit dem Virus. Eine Privatisierung der Bezirkskrankenhäuser, wie sie die Zentralregierung unter Führung der rechtskonservativen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) erst dieses Jahr erneut durchsetzen wollte, lehnt Kerala ab.

Die Regierung in Kerala greift bei der Bekämpfung des Virus unter anderem auf die Erfahrungen mit dem Ausbruch des Nipah-Virus 2018 und mehrfachen großen Überschwemmungen zurück. „Indem wir die Stärken unseres dezentralen öffentlichen Gesundheitssystems nutzen, haben wir bereits einen Tag nach der Warnung der WHO, dass das Coronavirus ein Atemwegsvirus mit Pandemiepotenzial sei, unser gesamtes Überwachungsnetz aktiviert“, erklärt K. K. Shailaja.

Noch vor dem von Premierminister Modi ausgerufenen landesweiten Lockdown Ende März war die Bevölkerung in Kerala dazu aufgefordert worden, zu Hause zu bleiben. Quarantänestationen wurden eingerichtet, eine Vielzahl von kostenlosen Covid-19-Tests zur Verfügung gestellt und schon früh eine umfassende Kontaktverfolgung bei Infizierten eingeführt. Außerdem werden die Patient\*innen mit geschulten Fachkräften medizinisch, aber auch psychologisch betreut. Es wurde eine Notfall-Hotline eingerichtet, die den Bürger\*innen bei Fragen rund um das Virus zur Seite steht. Anstatt die steigende Nachfrage nach Masken und Desinfektionsmitteln dem freien Markt zu überlassen, stellte die Regierung frühzeitig sicher, dass genug Hygienartikel nachproduziert wurden, und stellte sie Krankenhäusern und Privatpersonen zur Verfügung.

## Arbeiten unter Corona: Hanoi

Unser Büro befindet sich im Hanoi Bezirk Tay Ho, das ist ein aufstrebender Stadtteil nahe dem Flughafen. Niemand von uns war direkt von Covid-19 betroffen, wir haben schnell auf Homeoffice umgestellt, zuerst mit einer 50/50-Regelung, dann totaler Lockdown, danach langsamer Einstieg. Wir haben aktuell zehn Studien in Auftrag gegeben, die sich mit den sozial-ökologischen und ökonomischen Folgen der Pandemie in den Ländern der Mekong-Region befassen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt weiterhin auf sozialer Gerechtigkeit, Unterstützung politisch unterrepräsentierter Gruppen und sozial-ökologischer Transformation, das ist durch die Pandemie noch fokussierter geworden.

Wobei man sagen kann, dass Vietnam – mit seinen rund 95,5 Millionen Menschen eines der bevölkerungsreichsten Länder Südostasiens – die Pandemie sehr gut in den Griff bekommen hat. Am 23. Januar gab es den ersten Corona-Fall, am 1. Februar wurden die Direktflüge nach China eingestellt, die Regierung hat von Beginn an hart durchgegriffen, aber auch sehr transparent kommuniziert. In Supermärkten, Schulen, Krankenhäusern, KITAS lief hoch und runter ein „Corona-Lied“ mit dem Tenor: Passt auf, wascht euch die Hände, haltet euch an die Re-

geln. Das vietnamesische Gesundheitssystem basiert auf der Versorgung in Krankenhäusern. Es gibt 50 zentrale Krankenhäuser, 400 Provinzkrankenhäuser und dazu rund 700 kleine und 180 private Kliniken.

Vietnam hat unglaublich schnell die Produktion von Gesichtsmasken und Beatmungsgeräten aufgestockt und andere Länder damit versorgt. Frankreich, Deutschland, Italien etwa haben Masken geschenkt bekommen, nach Russland gingen Beatmungsgeräte, und in die USA ging Schutzausrüstung, die Nachbarländer Laos und Kambodscha wurden unterstützt. Man hat frühzeitig nach Hotspots geschaut und die Infektionsketten bis zum vierten Kontakt nachverfolgt. Die Wirtschaft, wesentlich geprägt durch die ersten Schritte innerhalb globaler Produktionsketten und Tourismus, hat natürlich gelitten. Schon im ersten Quartal mussten fünf Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in Kurzarbeit gehen, Arbeitsstunden reduzieren oder haben ihren Job ganz verloren, der Tourismus ist zum Erliegen gekommen. Nichtsdestotrotz bin ich sicher, dass Vietnam im weltweiten Vergleich schnell wieder auf die Beine kommen wird, denn das Land hat die Krise bis jetzt sehr gut bewältigt.

**Philip Degenhardt** (Leiter des RLS-Regionalbüro Südostasien in Hanoi)



Kostenlose Essensrationen wurden an alle Bürger\*innen des Bundesstaates verteilt, und für alle, die keine Möglichkeiten haben, sich selbst zu versorgen, wurden sogenannte Community Kitchens eingerichtet.

Indiens Wanderarbeiter\*innen, die sich in den Tagen und Wochen nach der Ausgangssperre zu Tausenden auf den Weg nach Hause zu ihren Familien machten, wurden in vielen Teilen des Landes oft menschenunwürdig behandelt und ohne Hygienevorkehrungen in überfüllten Lagern untergebracht. Nicht so in Kerala. Hier wurden mehr als 15.000 staatliche Hilfscamps für die ankommenden Wanderarbeiter\*innen errichtet, sowie genug medizinische Checkpoints.

Bereits am 19. März kündigte Keralas Ministerpräsident, Pinarayi Vijayan, ein Hilfspaket von mehr als 200 Millionen Rupien (umgerechnet über zwei Millionen Euro) an. Dieses beinhaltete die Vorauszahlung von Sozialhilfen und kostenlose Nahrungsmittelrationen. Zusätzliche Mittel in Höhe von fünf Millionen Euro für die öffentliche Gesundheitsversorgung und eine Lockerung der Fristen für Stromrechnungen und Steuern wurden ebenfalls von der Regierung verabschiedet.

Aber nicht nur gutes Krisenmanagement und ein innovatives Gesundheitssystem sind Keralas Waffen im Kampf gegen Corona. „Bildung spielt definitiv eine Rolle, ich denke, das ist der fundamentale Faktor. [...] und Bildung kann nicht von einem Tag auf den anderen aufgebaut werden“, so Vinod Thomas, Professor und ehemaliger Vizepräsident der Weltbank, im Interview mit „The Hindu“.

Ein besonderer Fokus im Bildungssystem Keralas liegt auf der Emanzipation und Bildung von Frauen. 1997 rief die Regierung der Left Democratic Front das staatlich subventionierte Projekt „Kudumbashree“ ins Leben, das Frauen dabei hilft, ihre Interessen zu vertreten und sich zu vernetzen. So sind über 4,5 Millionen Frauen in Kerala (ungefähr ein Viertel der weiblichen Bevölkerung) in Kudumbashree-Nachbarschaftsgruppen organisiert. Gleich zu Beginn des Ausbruchs von Covid-19 bildeten sie WhatsApp-Gruppen, um über Hygienevorschriften zu informieren und Falschmeldungen über das Virus aufzudecken. Zudem machen sie auf die Bedürfnisse und Probleme von Frauen in Zeiten der Pandemie aufmerksam.

Das Beispiel Kerala zeigt, was im Zuge von Kapitalismus, wirtschaftlichem Aufschwung und Globalisierung schnell in den Hintergrund gerät: Politik, die nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen, die für und in dieser Wirtschaft arbeiten und leben, im Blick hat und unterstützt, ist der Schlüssel zu einer sozialen Gesellschaft, in der jeder und jedem ein besseres Leben ermöglicht werden kann.

**Muriel Weinmann** ist Mitarbeiterin des Südasien-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi.



„Victory for Community Health Workers! Permanent Employment!“ Begeistert berichtet das Community Health Care Forum in der südafrikanischen Provinz Gauteng im Juli 2020 von der Ankündigung des Gesundheitsministeriums, das inmitten der Coronavirus-Pandemie eine klare politische Botschaft sendet: Tausende Gemeinde-Gesundheitsarbeiter\*innen (Community Health Workers, CHW) in der Provinz, die bislang mit prekären Kurzzeitverträgen und schlechter Bezahlung abgespeist wurden, haben sich das Recht auf Festanstellung im öffentlichen Gesundheitssystem erstritten. Ihr Gehalt wird sich verdoppeln und damit endlich zum Leben reichen. Eine soziale Absicherung und Rentenansprüche bei Berufsunfähigkeit werden künftig ebenfalls garantiert. Die Ankündigung ist die überfällige Umsetzung eines von den Community Health Workers erstrittenen Gerichtsurteils von 2018, das die Regierung verpflichtet, ihre Rechte anzuerkennen und damit ihre Arbeit zu würdigen.

Dieser Erfolg ist der vorläufige Höhepunkt einer politischen und juristischen Auseinandersetzung zwischen den sich landesweit organisierenden Gesundheitsarbeiter\*innen in den Gemeinden und den Regierungen in der Hauptstadt und in den Provinzen. Seit Jahren versorgen die Community Health Workers vor allem chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen, sichern zum Beispiel HIV-Infizierten die Medikamentenversorgung in Armenvierteln

und in abgelegenen ländlichen Gegenden und sind selbst einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt. Tausende sind aufgrund ihrer Arbeit bereits erkrankt, andere wurden während ihres Dienstes in einem von Gewalt geprägten Umfeld tätlich angegriffen. Mit dem aktuellen Anstieg der Corona-Fallzahlen – bislang ist Südafrika stärker betroffen als alle anderen afrikanischen Länder – eskalieren die Gefahren für die Gesundheitsarbeiter\*innen: Sie wurden vom Gesundheitsministerium ohne ausreichende Vorbereitung und Schutzkleidung in die Gemeinden geschickt und dem großen Risiko ausgesetzt, sich mit Covid-19 zu infizieren.

Die wegweisende Umsetzung des Gerichtsurteils, die ohne die akute Corona-Krise womöglich anders ausgefallen wäre, hat nach jahrelangen Kämpfen des Netzwerks der Community Health Workers einen Präzedenzfall in einer Provinz geschaffen: Sie erkennt die fundamentale Bedeutung des Konzepts von Basisgesundheit an und nimmt damit die Beteiligung der Community an der Gesundheitsarbeit in den Blick. Hier werden Verbindungen sichtbar: In den Care-Worker-Foren sind auch Aktivist\*innen des People's Health Movement (PHM) organisiert. Die globale Basisgesundheitsbewegung setzt sich seit ihrer Gründung vor 20 Jahren in Bangladesch für das Recht auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung ein. Mit der arbeitsrechtlichen Anerkennung und Integration der Community

Health Workers in Südafrika werden zentrale Forderungen bestätigt, die das PHM seit Jahren auf die gesundheitspolitische Agenda setzt: Der Zugang zu bestmöglicher Gesundheit ist ein Menschenrecht und dessen Verwirklichung eine gesellschaftliche Aufgabe. Insofern sind funktionierende Formen sozialer Sicherung Voraussetzung für die gesundheitliche Eigenverantwortung der Einzelnen. Das Gerichtsurteil ist ein Meilenstein – und der Erfolg einer landesweiten Selbstorganisation sowie nationaler und internationaler Zusammenarbeit.

Angesichts der dramatischen Folgen der Pandemie, die von einem überlasteten Gesundheitssystem bis hin zu Millionen Arbeitslosen reichen, ist das Netzwerk des Care-Worker-Forums nun Teil eines übergreifenden südafrikanischen Zusammenschlusses geworden. In der „C19 People’s Coalition“ haben sich fast 400 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengetan, darunter Gewerkschaften, soziale Bewegungen sowie Migranten- und Flüchtlingsorganisationen. Gemeinsam wollen sie Druck auf die Regierung ausüben.

Zu Anfang konnte dieser zumindest ein erfolgreiches Krisenmanagement attestiert werden. Während eines harten und langen Lockdowns hat es die Regierung jedoch versäumt, dauerhafte Antworten zu finden. Lydia Cairncross von PHM Südafrika, einem der zentralen Akteure der C19 Coalition, beschreibt, was hätte passieren müssen: „Nach dem Lockdown hätten wir groß angelegte öffentliche Bildungs- und Aufklärungsprogramme starten können, um zu vermitteln, wie man sich trotz des noch vorhandenen Virus sicher verhalten kann. Wir hätten die Einrichtung von Covid Community Action Teams unterstützt, die die Gesundheitsmaßnahmen in jede Gemeinde vermittelt und dort die gesundheitlichen und sozialen Ressourcen erfasst hätten. Und die Regierung hätte sich rasch um die Bereitstellung von Infrastruktur und Ressourcen kümmern können, um die Menschen in die Lage zu versetzen, sich tatsächlich die Hände zu waschen, physische Distanz einzuhalten und Masken zu tragen.“

Die Koalition erinnert daran, dass das Virus weit mehr ist als eine Krise in der Gesundheitskrise und nicht erst mit der Pandemie begonnen hat. Seien es die wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Krisen – sie alle werden durch Corona verschärft. Elísio Macamo, Professor für Afrikastudien an der Universität Basel, sagt es so: „Es ist fast eine postkoloniale Ironie, wie afrikanische Länder auf Covid-19 reagieren. Sie kaufen sich voll und ganz in eine Krisenerzählung ein, die verschweigt, dass die Krise und nicht die Normalität ihr Normalzustand ist.“

Die krisenhafte Normalität durchzieht auch das Gesundheitssystem Südafrikas: Schon vor Corona waren die Ausgaben pro Person im privaten Sektor 4,5-mal so hoch wie im öffentlichen Sektor. Solche eklatanten sozialen Ungleichheiten werden in der Pandemie zur

tödlichen Gefahr. So hat die Regierung nach dem Ende des Lockdowns versucht, die Verantwortung für die Gesundheit den Individuen aufzuerlegen – und sich damit der eigenen Verantwortung entzogen.

Die Folgen sind fatal. So scheitert schon der Appell zur Einhaltung der Hygienemaßnahmen an der Wirklichkeit der prekären Lebensverhältnisse. Lydia Cairncross beschreibt die sozialen Spaltungen: „Die Bruchlinien verlaufen zwischen denen, die Ernährungssicherheit haben, und denjenigen, die sie nicht haben; denjenigen mit Wasser und sanitären Einrichtungen und denjenigen ohne; denjenigen, die das Auto benutzen, und jenen in überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln; denjenigen, die sich mit eigenen Schlaf- und Badezimmern selbst isolieren können, und denjenigen, die sich einen Wasserhahn mit 20 Familien teilen; denjenigen, die Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, und denjenigen, die in den langen Schlangen vor Kliniken auf dem Land und in den Städten in Townships leiden, wo sie auf unterdurchschnittliche Versorgung warten.“ Auch in Südafrika entscheiden soziale Faktoren darüber, wer wie stark von dem Virus betroffen ist. Das bekommt die arme Bevölkerungsmehrheit am eigenen Leib zu spüren.

Professor Elísio Macamo findet drastische Worte: „In Afrika besteht die Wahl nicht darin, ob man Menschen sterben lässt oder die Wirtschaft rettet. Die Wahl besteht darin, entweder viele Menschen sterben zu lassen und gleichzeitig die grundlegende wirtschaftliche und soziale Infrastruktur zu erhalten, oder viele Menschen sterben zu lassen und gleichzeitig die grundlegende wirtschaftliche und soziale Infrastruktur nicht zu erhalten. Man wünscht sich, es wäre anders. Aber so ist die aus einer bösartig ungerechten Kolonialgeschichte hervorgegangene Situation des Kontinents. Wir haben denselben Feind, aber nicht dasselbe Risiko.“

Das politische Ergebnis der Pandemie wird sich nicht zuletzt an der Frage der Verteilungsgerechtigkeit messen. Dass dies – zumal im Rahmen bestehender Verhältnisse und extremer Machtunterschiede – ein Kampf um Leben und Tod ist, zeigt sich in aller Deutlichkeit bei dem globalen Ringen um einen Impfstoff und Medikamente gegen Covid-19: Wer stellt sie wo her? Wer trägt die Risiken, wer die Kosten? Wer kennt die Formeln und verfügt über die Wirkstoffe? Und wer erhält wann und wie Zugang?

Um Fehler aus früheren Epidemien zu vermeiden, hat eine Initiative von Costa Rica und der WHO im Vorfeld der World Health Assembly 2020 eine weitreichenden Vorschlag gemacht: Mit einem offenen Technologie- und Patentpool sollen Daten und Wissen zu Covid-19-Behandlungsmöglichkeiten, Impfstoffen und Medikamenten gesammelt und die geistigen Eigentumsrechte mit Lizenzen für Produzenten weltweit gebündelt werden. Auf diese Weise sollen sie als globa-

les öffentliches Gut verfügbar gemacht werden. Das war die Chance, den großen Worten von einer „globalen Corona-Solidarität“ Taten folgen zu lassen und Voraussetzungen für eine gerechte Verfügbarmachung eines Impfstoffs zu schaffen. Doch diese Chance ist vorerst vertan. Die Bundesregierung und mit ihr fast alle Industrienationen behindern genau die Maßnahmen, die nötig wären, um die Versprechen einzuhalten. Sie setzen stattdessen auf die Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie, verzichten auf Regeln zur Preisbindung, verhandeln Vorkaufsrechte und räumen damit nationalen Interessen Vorrang und Vorrechte ein.

Kaum ein Land weiß besser, wie folgenreich all das sein kann, als das stark von der HIV-Epidemie getroffene Südafrika. Jahrelang hat eine breite Gesundheitsbewegung für den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten gegen HIV/Aids gekämpft. Punktuelle Veränderungen dieses Systems, wie punktuelle lebensrettende Preissenkungen für HIV-Medikamente, kamen erst durch jahrelangen internationalen öffentlichen Protest zustande, mussten also von Zivilgesellschaften und von der Epidemie besonders betroffenen Staaten in hartnäckigen Verhandlungen in der Welthandelsorganisation erkämpft werden.

Die Tendenz, nationale Interessen zu schützen und dem Profit und den finanziellen Interessen Vorrang vor dem Leben der Menschen zu geben (Preise für lebensrettende Produkte so hoch zu setzen, wie „der Markt sie tragen kann“, ohne Bezug zu den tatsächlichen Kosten), wird nicht von allein verschwinden. Aus diesem Grund muss ein auf Rechten basierender Rahmen geschaffen werden, der Covid-19-Impfstoffe und andere medizinische Instrumente zur Eindämmung der Pandemie als globale öffentliche Güter betrachtet, die allen Menschen auf gerechte Weise zur Verfügung gestellt werden müssen.

In Südafrika hat man gelernt, wie groß die Widerstände sind, welche langen Atem man braucht, wie zäh Veränderungsprozesse sein können – und wie entscheidend die Rolle der Zivilgesellschaft dabei ist. Genau diese Erfahrung wiederholt sich mit dem aktuellen Sieg der Gemeindegesundheitsarbeiter\*innen, die nun dieselben Rechte in allen Provinzen fordern. Auch sie wissen, wie mühsam jeder kleine Fortschritt ist – aber eben auch, dass diese nur durch zivilgesellschaftliche Anstrengungen möglich werden. Genau das zeichnet die südafrikanische Erfahrung aus, die verschiedene Kämpfe – vergangene und gegenwärtige – miteinander teilt und verbindet. Eine Erfahrung, von der sich viel lernen lässt.

---

**Anne Jung** ist Referentin für globale Gesundheit bei der Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international, die die Gesundheitsbewegung in Südafrika und insbesondere die Community Health Workers seit 2014 beim Aufbau ihrer Strukturen unterstützt ([www.medico.de](http://www.medico.de)).

# Mit erhobenem Kopf

Über die Covid-19-Krise als Chance für fortschreitende Transformation in Afrika

Von Ndongo Samba Sylla

Jede soziale Krise, welcher Art sie auch sein mag, ist eine Chance für Veränderungen. Die Richtung dieses Wandels hängt von Machtverhältnissen und den vorherrschenden Ideen ab. Die Covid-19-Pandemie bildet da keine Ausnahme. Sie trifft die schwächsten Mitglieder der Menschheit unvorbereitet und fordert weiterhin eine hohe Zahl von Todesopfern. Gleichzeitig zwingt sie uns, jeglichen intellektuellen Konservatismus aufzugeben und Ideen und Vorschläge zu überdenken, die bisher als undenkbar oder gar utopisch galten. Indem sie die Grenzen der bisher geltenden intellektuellen Orthodoxien aufdeckt, bietet die Covid-19-Krise einen fruchtbaren Boden für kritisches/alternatives Denken. Wenn es also einen Hoffnungsschimmer gibt, dann ist es die Rehabilitierung der „utopischen Funktion“, der Träger konkreter Utopien: der Intellektuellen.

Die gegenwärtige Krise als Chance für eine fortschreitende Transformation zu nutzen, war die Hauptbotschaft des offenen Briefes von 100 Intellektuellen des afrikanischen Kontinents und seiner Diaspora, der im April 2020 veröffentlicht wurde. Koordiniert von Lionel Zevounou (Jurist, Université Paris Nanterre), Amy Niang (Politikwissenschaftlerin, Wits University, Johannesburg) und dem Autor dieses Artikels, wurde der Brief zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als katastrophale Vorhersagen über das Schicksal Afrikas im Zusammenhang mit der Pandemie kursierten.

Wir sagten uns, dass wir, statt auf solche Spekulationen zu reagieren, vielmehr die afrikanischen Regierungen auffordern sollten, sich den Herausforderungen des Augenblicks zu stellen. Wir appellierten an sie, ihnen mit Originalität und Taktgefühl zu begegnen, mit Mitgefühl zu regieren und Nachahmungen zu vermeiden. Wir sind der Ansicht, dass ein weitgehender Lockdown, wie er in vielen Ländern des Nordens verordnet wurde, angesichts der Struktur der afrikanischen Volkswirtschaften eine kontraproduktive Strategie ist, weil diese vom informellen Sektor dominiert werden. Wir empfehlen, dass sie auf der Grundlage der Erfahrungen des Kontinents im Umgang mit Gesundheitskrisen ein verantwortungsvolles Gleichgewicht finden, statt das wirtschaftliche Überleben der afrikanischen Bevölkerungen zu opfern. Zudem fordern wir sie nachdrücklich auf, die Pandemie als eine Gelegenheit zu sehen, den Kurs des Kontinents radikal zu ändern und Abhängigkeiten abzubauen. In der Tat sind wir davon überzeugt, dass Afrika über ausreichende

menschliche und materielle Ressourcen verfügt, um eine Zivilisation des Überflusses und der Gleichheit anzustreben, in der die Würde aller geachtet wird.

Getragen von Persönlichkeiten wie dem nigerianischen Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka, hat der Brief ein unerwartetes Echo in den Medien hervorgerufen. Dies spiegelt den Wunsch der Öffentlichkeit wider, dass afrikanische Intellektuelle gemeinsam mobilisiert werden, um über die Probleme und Herausforderungen des Kontinents nachzudenken.

Deshalb haben wir es als unsere Pflicht empfunden, weiter zu gehen. Das Kollektiv der Unterzeichner\*innen, das inzwischen auf mehr als 200 Personen aus den Künsten, Literatur-, Sozial- und Naturwissenschaften angewachsen ist, formiert sich momentan zu einer panafricanistischen intellektuellen Bewegung. Für Ende September planen wir den offiziellen Start der Bewegung. In der Zwischenzeit werden auf dem afrikanischen Kontinent und in seiner Diaspora multidisziplinäre Arbeitsgruppen gebildet, um über die Herausforderungen der notwendigen radikalen Umgestaltung des Kontinents im Dienste seiner Völker nachzudenken und die dabei zu verfolgenden Grundsätze vorzuschlagen. Wir werden uns mit Themen wie Afrikas Platz in der entstehenden neuen Weltordnung, mit Mitteln und Wegen zur Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, der Neudefinition des Verhältnisses zwischen Staat und Staatsbürgerschaft, der Rolle der Künste, der Wissenschaften, des endogenen Wissens und der endogenen Kultur bei dem von den Menschen in Afrika geforderten sozialen Wandel befassen. Diese Forschungsarbeit der Bewegung wird im Laufe des Jahres 2021 öffentlich gemacht und so weit wie möglich verbreitet. Wir würden uns daher freuen, mit Einzelpersonen und Institutionen zusammenzuarbeiten, die an unserer Arbeit interessiert sind.

Unser offener Brief ebnete auch den Weg für andere panafricanistische und internationalistische Ansätze mit konvergierenden Ambitionen. Ein Kollektiv von mehr als 300 afrikanischen Feministinnen forderte in einer Erklärung eine Abkehr von der neoliberalen Politik, die insbesondere die soziale Stellung der Frauen schwächt, hin zu einer alternativen Wirtschaftspolitik, die die Widerstandsfähigkeit der afrikanischen Volkswirtschaften sowie die Gleichstellung von Männern und Frauen stärkt. Außerdem wird in den kom-

menden Tagen die Veröffentlichung einer Erklärung erwartet, in der Afrika aufgefordert wird, seine wirtschaftliche und monetäre Souveränität wiederzuerlangen. Übersetzt in fast 40 Sprachen, darunter auch afrikanische, und unterzeichnet von rund 400 Intellektuellen aus aller Welt, darunter viele renommierte Wirtschaftswissenschaftler, empfiehlt sie den Entscheidungsträger\*innen Afrikas, sich von den problematischen Entwicklungsstrategien abzuwenden, die von den internationalen Finanzinstitutionen gefördert werden, wie etwa der Liberalisierung des Außenhandels, der Investitionen und des Finanzwesens. Stattdessen plädiert sie für ein Wirtschaftsmodell auf der Grundlage von Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit für alle, Ernährungs- und Energiesouveränität und ökologischer Transformation. Sie argumentiert auch die Notwendigkeit eines integrativeren politischen Rahmens auf dem afrikanischen Kontinent und eines internationalen Wirtschaftssystems, das den Ländern des globalen Südens mehr Handlungsspielraum lässt.

Die letztgenannte Erklärung wurde von Fadhel Kaboub (Denison University, USA), Kai Koddenbrock (Goethe-Universität Frankfurt), Maha Ben Gatha (RLS Tunis), Ines Mahmood (RLS Tunis) und dem Autor dieses Artikels initiiert. Diese Gruppe hatte mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung die erste Ausgabe der Konferenz über Afrikas wirtschaftliche und monetäre Souveränität im November 2019 in Tunis organisiert. Die zweite Ausgabe ist für November 2021 in Dakar geplant. Die Erklärung stellt somit ein Bindeglied zwischen diesen beiden Ausgaben dar und ist auch ein Aufruf zur Zusammenarbeit von Persönlichkeiten, Initiativen und Bewegungen, die für Wirtschaftssysteme im Dienst der Völker und für internationale Solidarität kämpfen.

Die Herausforderung besteht überall darin, mit erhobenem Kopf aus der Pandemie herauszukommen, das heißt, auf einem Weg, der die Menschheit zu einer Zivilisation führt, die dem Kapitalismus qualitativ überlegen ist. Angesichts der Trägheit der bestehenden Gewohnheiten, Interessen und Mächte muss dieser Kampf weitergehen!

---

**Ndongo Samba Sylla** arbeitet im Büro Dakar der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Übersetzung: Claus-Dieter König, Leiter des Büros. Die englische Fassung des offenen Briefes: [africasacountry.com/2020/04/the-time-to-act-is-now](https://africasacountry.com/2020/04/the-time-to-act-is-now)

# „Ich möchte mehr schwarze Geschichten lesen“

Die südafrikanische Verlegerin Thabiso Mahlape über den Literaturbetrieb in Zeiten der Pandemie und das Erbe der Apartheid



**Thabiso Mahlape** ist Verlegerin und sorgt mit ihrem unabhängigen Verlag Blackbird Books in Johannesburg in der Literaturszene für Aufsehen. Mit ihr sprach **Ute Evers**, freie Literaturkritikerin.

*Was ging in Ihnen vor, als die Corona-Krise ausbrach?*  
Ich hatte große Angst. Als die ersten Fälle auftraten, begab ich mich in Quarantäne. Ich traue menschlichem Verhalten nicht. Obwohl sich viele an die Vorschriften hielten, gab es dennoch solche, die während des Lockdowns versucht haben, sich zu treffen.

*Natürlich gibt es auch Menschen, die nicht einfach zu Hause bleiben können ...*

Ja. Wir sehen auch immer mehr Bettler auf den Straßen, was von den Vergessenen in einem Land zeugt, das bereits so viele Ausgrenzungen ertragen musste. Rassistische und wirtschaftliche Ausgrenzungen! Die Menschen, die am meisten Hilfe benötigen, sind arm und schwarz. Selbst die schwarze Mittelschicht hat entdeckt, dass sie bei all den drohenden Arbeitsplatzverlusten nur einen Gehaltsscheck von der Armut entfernt ist. Die tiefe wirtschaftliche Segregation, die uns kennzeichnet, hat begonnen, ihr hässliches Gesicht zu zeigen. Die Menschen sind hungrig, und die Politiker stehlen Lebensmittelhilfspakete.

*Sind das weiterhin die Folgen der Apartheid?*

Das, was sich hier sozioökonomisch abspielt, ist tatsächlich eine direkte Folge davon, wie die Apartheid konstruiert wurde. Den Reichtum besitzt eine Minderheit, während die Mehrheit um Krümel kämpft. Was aber darüber hinaus noch schwerer zu schlucken ist: Unsere Regierung hat eine Kultur gefördert, die sich auf Kosten der Schwächsten, der armen Schwarzen, bereichert. Was bedeutet die Lockerung des Lockdowns „zur Rettung der Wirtschaft“? Im Wesentlichen lebt unsere Wirtschaft von der Arbeit der armen Schwarzen, die rausmüssen, während ihre Wohltäter Geld von zu Hause aus verdienen, ohne sich in unmittelbare Gefahr zu begeben. Wer formulierte die Forderungen nach Lockerung? Die weißen Südafrikaner, deren Privilegien das grausame System der Apartheid gewährt hat!

*Welchen Stellenwert hat zurzeit Kulturarbeit?*

Sie gehört zu den am wenigsten geschätzten Bereichen. Wir bekommen kaum Unterstützung von der Regierung. Ich beschäftige mich vorwiegend damit, Debüts zu veröffentlichen und neue Talente für einen neuen Markt zu erschließen, der weitgehend undefiniert und unverlässlich ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass viele Kulturunternehmen, vor allem kleine wie meines, diese Krise schnell überstehen werden. Und wir sind nicht in der Lage, die Vorteile von E-Books voll auszuschöpfen. Als Kontinent sind wir mit E-Books einfach nicht gut gefahren, und das liegt vor allem an einem vielschichtigen Zugangsproblem.

*Was meinen Sie mit dem „weitgehend undefinierten und unverlässlichen Markt“?*

In Südafrika stellen die Menschen, die lesen, traditionell die Minderheit dar, die Weißen sind der einzige etablierte Markt. Wir wissen, dass eine Lesekultur nicht immer gleichbedeutend mit einer Buchkaufkultur ist. Wenn wir also ein Bedürfnis nach und einen Mangel an Lesen feststellen, können wir uns nicht darauf verlassen, dass sich dieses Bedürfnis in eine Kaufkultur übersetzt. Das bedeutet nicht, dass Schwarze überhaupt nicht lesen. Natürlich gibt es eine Gruppe Schwarzer, die Literatur liest und kauft, aber sie sind nur ein kleiner Bruchteil von denen, die wir erreichen könnten, wenn wir eine gepflegte schwarze Leserschaft hätten.

*Und es gibt keine Unterstützung für Kultur seitens der Regierung?*

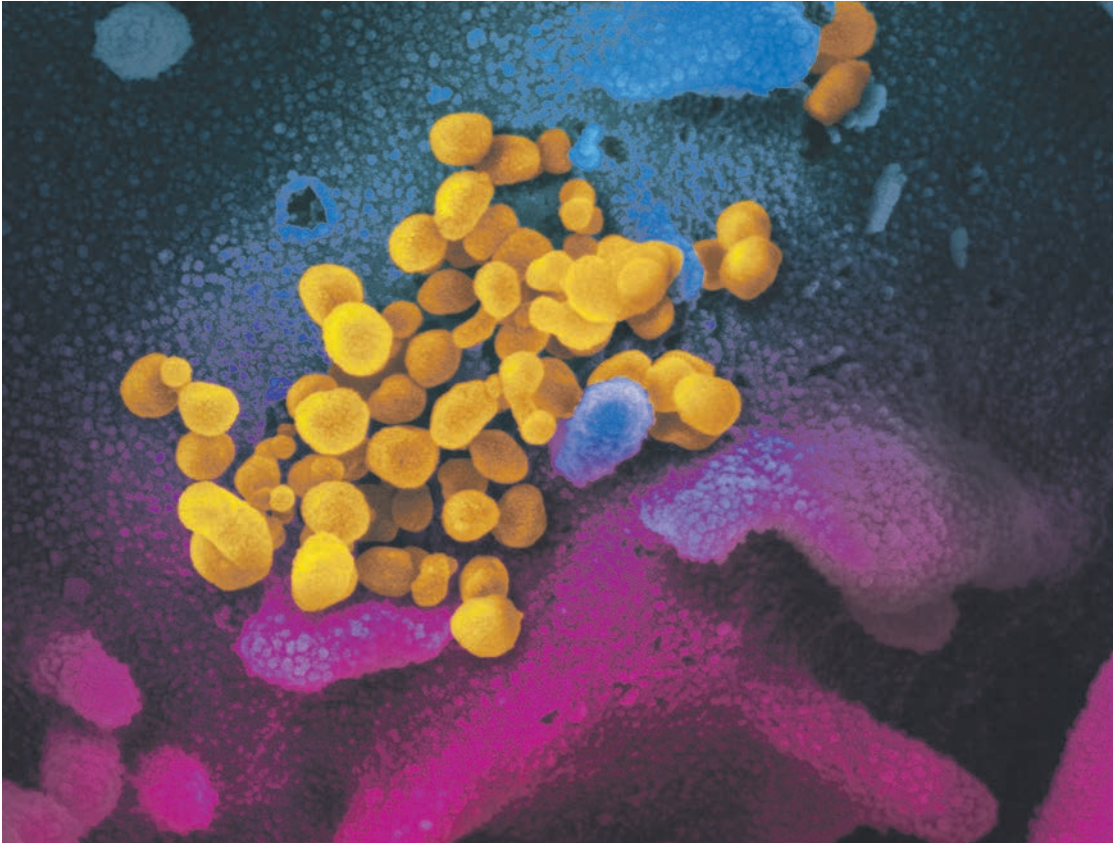
Unsere Abteilung für Kunst und Kultur stellt sich Kunst gerne als etwas vor, das nur dann geschieht, wenn Menschen auf der Bühne stehen, auf der Leinwand erscheinen oder performen. Bei versprochenen Erleichterungen wurden Buch oder Verlagswesen nicht erwähnt. Die angekündigte Hilfe war nur schwer zugänglich, viele Künstler sind immer noch verzweifelt und versuchen, ihre Forderungen nach Unterstützung durchzusetzen.

*Als wir das Gespräch im April aufnahmen, befand sich Südafrika noch im totalen Lockdown, auf Stufe 5. Mittlerweile ist es auf Stufe 3. Wie steht es finanziell um ihren Verlag?*

Ich bin auf der Suche nach Kulturorganisationen, die einen afrikanischen Verlag wie meinen unterstützen möchten. Wir leben vom Verkauf. Finanzielle Unterstützung von der Regierung erhalten wir ja keine. Im Moment muss ich mich darum kümmern, dass unsere Titel wieder in die Läden kommen. Das bedeutet eine Reihe Unternehmungen mit Leuten in der Wertschöpfungskette, das geht von den Freiberuflern bis zum Einzelhandel, vom Vertrieb bis hin zu den Endverbrauchern. Ich werde wahrscheinlich graue Haare haben, wenn Covid-19 mit uns fertig ist.

*Welche Alternativen bestehen in Südafrika dafür, Literatur auch in diesen Zeiten sichtbar zu halten?*

Ich muss an dieser Stelle einmal die Buchclubs und Buchblogger loben, für die unglaubliche Arbeit, die sie während des Lockdowns geleistet haben, um Bücher und Autoren zu vermarkten. Auch haben viele der großen Verlage ihre E-Books kostenlos zur Verfügung gestellt. Der südafrikanische Buchrat hat zudem eine Reihe von Gesprächen initiiert, um über den Zustand der Buchbranche zu sprechen und darüber, wie die Landschaft aussehen könnte, wenn



die Pandemie vorüber ist. Die Einzelhändler haben wirklich innovative Wege gefunden, Bücher zu verkaufen, etwa indem sie sich mit E-Services wie Uber Eats zusammengetan haben. Das war beeindruckend.

*„The country needs you to stay home and open a book“,* schrieben Sie. An wen richtet sich dieser Aufruf? Ich spreche zu den Menschen auf der Straße. Irgendwann müssen sie Verantwortung für ihren Mangel an kritischem Denken übernehmen, und genau das habe ich im Blog angesprochen. Südafrika hat eine Trinkkultur, die verlangt, dass die Menschen von Donnerstag bis Sonntag in Kneipen herumhängen. Sicherlich gibt es nicht allzu viel Hoffnung, dass man jetzt ohne die gewohnte Freiheit, das zu tun, gezwungen sein könnte, neue Dinge auszuprobieren! Wäre es aber zu viel verlangt, dass eines dieser Dinge sein könnte, ein Buch in die Hand zu nehmen? Leihen Sie sich ein Buch aus, versuchen Sie es!

*Welchen Stellenwert haben unabhängige Verlage in Ihrem Land?*

Keinen allzu hohen. Es gibt nur eine Handvoll etablierter und anerkannter unabhängiger Verlage. Der südafrikanische Buchrat behauptet, dass es viel mehr unabhängige Verleger gibt, die weitgehend an der Peripherie operieren, doch die bleiben unbekannt und unbemerkt! Und das ist eine Tragödie. In der südafrikanischen Verlagslandschaft, einschließlich des Einzelhandels, nehmen internationale Bücher weitaus mehr Marktanteile ein als einheimische.

*Sie erzählten einmal, dass es, als Sie anfangen, noch ein Problem war, eine weibliche Verlegerin und dazu noch schwarz zu sein. Hat sich das verändert?*

Die Industrie hat begonnen, viel mehr Schwarze zu beschäftigen, aber nicht in den Positionen, die Veränderungen bewirken können, zumindest nicht sofort. Unterstützung und Stärke beziehe ich von anderen schwarzen Professionellen in der Branche, die vielleicht nicht unbedingt in Verlagen arbeiten, aber irgendwo in der Wertschöpfungskette fantastische Arbeit leisten. Die Schreibtische von Leitern großer Verlagshäuser, Druckereien und des Einzelhandels sind immer noch sehr weiß und männlich. Als ich anfang zu publizieren, lag der Anteil schwarzer Frauen und Männer, die in Südafrika veröffentlicht wurden, bei etwa fünf Prozent. Die Mehrheit der Südafrikaner ist schwarz. Ich möchte einfach mehr schwarze Gesichter und Namen sehen und Geschichten von ihnen lesen, das ist es, was meine Arbeit antreibt.

*Wie nimmt man hier die „Black Lives Matter“-Bewegung wahr?*

Sie war und ist für uns sehr wichtig: Es ist schmerzhaft, weil „Black Lives Matter“ zu unseren schwarzen Regierungen spricht, die uns Afrikaner aber nicht mit der Würde behandeln, die uns zusteht. Gerade hier in Südafrika hat es uns auch geholfen, im Verlagswesen das Gespräch darüber zu beginnen, wie weiß die Verlagsindustrie in Südafrika ist, wie wenig repräsentativ sie ist, wie gewalttätig und systematisch die Ausgrenzung in diesem Sektor ist. Angefangen hat es mit dem globalen #PaidMe, das verschiedene Schriftsteller ins Leben riefen, um zu zeigen, wie unterschiedlich hoch die von Verlagen an die Autoren gezahlten Vorschüsse bei People of Color und weißen Menschen sind. Es hat uns also geholfen, ein Gespräch zu beginnen. Ich fühle mich zum ersten Mal nicht wie eine einsame, verrückte Frau, die immer reklamiert, die Verlagsbranche sei zu weiß.

Das Verlagswesen auf dem afrikanischen Kontinent ist weltweit gesehen „die am wenigsten entwickelte Industrie“. Während sich in den europäischen Ländern der Buchsektor in Zeiten des Lockdowns mit einem stärkeren E-Book-Angebot über Wasser halten konnte, gab es in Südafrika selbst diese alternative Einkommensquelle nicht, so steht es im Länderbericht des afrikanischen Verlegernetzwerks APNET vom April diesen Jahres.

Der afrikanische Literatursektor (südlich der Sahara) besteht vorwiegend aus kleinen, unabhängigen Verlagen. Die Gesamtzahl ist zwar unbekannt, man schätzt sie aber auf 150 bis 200. Aus der jährlichen Umfrage der südafrikanischen Verlegervereinigung PASA geht für 2018/19 hervor, dass die Branche stark von einer kleinen Gruppe sehr großer Verlagshäuser dominiert wird, die zusammen mehr als 80 Prozent der Produktion und der Einnahmen repräsentieren. Die kleinen und unabhängigen Verlage müssen nicht nur mit einem begrenzten Budget auskommen, sondern sehen sich einem unregulierten Markt mit mangelnder Infrastruktur gegenüber.

Seit den 2000er Jahren erlebt die südafrikanische Literaturwelt einen neuen Aufschwung. Verlegerinnen spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. Zu ihnen gehört Thabiso Mahlape, die im August 2015 ihren unabhängigen Verlag Blackbird Books gründete. UE



## Wachsender Widerstand

In den palästinensischen Gebieten konnte ein massiver Ausbruch lange Zeit verhindert werden. Doch der Optimismus ist verfliegen. Von Ute Beuck

In Palästina zu leben und zu arbeiten, ist schon in Zeiten ohne Pandemie nicht einfach. Völkerrechtlich gesehen befinden sich die gesamten palästinensischen Gebiete unter israelischer Besatzung. De facto gibt es aber eine Dreiteilung des Landes in Gebiete, die Israel als zu seinem Staatsgebiet annektiert betrachtet (die das völkerrechtlich aber nicht sind), die eingeschränkte Autonomie der Palästinenser\*innen in Teilen der Westbank und die Hamas-Administration im Gaza-Streifen. Die sich daraus ergebenden Ansprüche – wer politisch wo das Sagen beziehungsweise die Verantwortung hat – beeinflussen zu jedem Zeitpunkt jeden Schritt, der getan wird. Unter diesen Bedingungen eine Pandemie zu bekämpfen, ist eine Herausforderung.

Die medizinische Infrastruktur ist dem eindeutig nicht gewachsen. Entsprechend früh und umfassend wurden auch Maßnahmen zur Verhinderung eines Corona-Ausbruchs ergriffen. Bereits am 5. März wurde in der Westbank der Notstand ausgerufen und kurz darauf ein strikter Lockdown verhängt, der mit leichten Anpassungen über zwei Monate aufrechterhalten wurde. Die Grenze zu Jordanien, dem einzigen Ausgang der Westbank-Palästinenser\*innen, wird ohnehin durch Israel kontrolliert.

Im Gaza-Streifen stellt die seit Jahren andauernde fast vollständige Abriegelung durch Israel und Ägypten in diesem Fall paradoxerweise einen Vorteil dar. Die wenigen bekannten Fälle von Corona-Infizierten wurden bereits bei Einreise entdeckt und die Betroffenen unter Quarantäne gestellt. Aber auch hier praktizierte die Bevölkerung Restriktionen zum Teil schon vor einer offiziellen Anwei-

sung freiwillig, da man sich der unzureichenden Ausstattung des Gesundheitssystems und der potenziell katastrophalen Folgen einer Ausbreitung des Virus bewusst war.

Durch die mehr oder weniger konsequente Umsetzung der Einschränkungen konnte ein massiver Ausbruch lange verhindert werden. Anfang Juni war die Infektionsrate so niedrig, dass gar nicht von einer Welle gesprochen wurde. Dies hat sich dramatisch geändert. Nachdem die meisten Restriktionen Anfang Juni vorsichtig aufgehoben wurden, gab es innerhalb weniger Tage einen derart rasanten Anstieg der Zahlen an Infizierungen und Todesfällen, dass in der Westbank bereits kurz darauf wieder ein völliger Lockdown angeordnet wurde.

Anders als zu Beginn der Krise stößt diese erneute Aussetzung jeglichen sozialen und ökonomischen Lebens aber auf wachsenden Widerstand in der Bevölkerung.

Ein Grund ist sicherlich darin zu sehen, dass nach dem Ausbleiben der ersten Welle von weiten Teilen der Bevölkerung keine persönliche Gefahr mehr gesehen wird, während gleichzeitig als Folge des Lockdowns soziale Auswirkungen, wie ein Anstieg häuslicher Gewalt, zu verzeichnen sind. Zunehmend klarer zeigen sich auch die massiven ökonomischen Auswirkungen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Verlust von Einkommen, vor allem im großen informellen Sektor, sind nicht zu übersehen. Diese Entwicklung kann weder durch die ohnehin unter einer ständigen Finanzkrise leidenden palästinensischen Autonomiebehörde, die ihren Angestellten bereits vor Corona nur Anteile ihrer Gehälter auszah-

len konnte, aufgefangen werden noch durch aufgestockte internationale Hilfszahlungen. Dazu kommt, dass den Behörden Korruption und Unfähigkeit vorgeworfen werden: innenpolitische Spannungen und Machtkämpfe, die zu sich widersprechenden und unklaren Verlautbarungen und Regelungen führen.

So weit unterscheidet sich Palästina in Corona-Zeiten vermutlich kaum von anderen Regionen der Welt. Worin es sich unterscheidet, ist, dass auch unter diesen Notstandsbedingungen die militärische Besatzung durch Israel weiterbesteht und selbstredend auch erschwerende Auswirkungen auf den Umgang mit der Krise hat. Dies reicht von den nicht genügenden Schutzmaßnahmen für die ohnehin immer kleiner werdende Zahl palästinensischer Arbeiter, die noch Arbeitsgenehmigungen für Israel bekommen, und dem Fehlen von Tests für sie, wenn sie in die Westbank zurückkehren, über die Zerstörung von behelfsmäßig aufgestellten „Corona-Kliniken“ in den durch Israel kontrollierten C-Gebieten bis zu den palästinensischen politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, die laut Oberstem Gericht keinen Anspruch auf Social Distancing haben.

Der Optimismus vom Frühjahr, dass ab Herbst wieder eine irgendwie geartete coronafreie Normalität herrschen werde, ist in Palästina inzwischen vergangen. Und damit unterscheidet es sich vermutlich wieder nicht mehr vom Rest der Welt.

**Ute Beuck** leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Ramallah.

# Verärgerung, Unruhe und Zorn

In Russland deuten sich ernsthafte Verschiebungen an. Putin ist in der Corona-Krise den Hoffnungen vieler nicht gerecht geworden. Von Boris Guseletow

Die Covid-19-Pandemie, die Anfang 2020 über die Menschheit hereinbrach, forderte Hunderttausende Menschenleben, und bis heute ist noch unklar, welche Folgen das Virus für die Menschen haben wird, die es schon überwunden haben. Die Wirtschaften praktisch aller Staaten der Welt leiden unter den Folgen. Die Einkommen einer großen Zahl von Menschen sind eingebrochen, die Regierungen der meisten Staaten waren gezwungen, enorme Mittel in das Gesundheitswesen zu investieren. Das ging mit der Kürzung von Staatsausgaben für andere Bereiche (Bildung, Wissenschaft, Kultur usw.) einher.

Auf die globale Krise wurde hauptsächlich „national“ geantwortet. In einer Reihe von Ländern leisteten die Regierungen ihren Bürger\*innen keine direkte finanzielle Unterstützung, was zu einer Verschärfung der innenpolitischen Situation führte. Ein Beispiel dafür ist nach Meinung vieler Expert\*innen Russland. Betrachten wir also den Fall Russland.

Experten\*innen des „Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften für volkswirtschaftliche Prognosen“ haben unlängst ihre Prognose zur Entwicklung der Wirtschaft der Russischen Föderation für die nächsten Jahre vorgestellt. Nach ihren Schätzungen wird die Wirtschaft der Russischen Föderation 2020 um 5,3 Prozent schrumpfen, gefolgt von einem Wachstum von 3 Prozent in der Erholungsphase ab 2021. Die Investitionen werden 2020 um 7,4 Prozent sinken.

Der Chefökonom der Förderbank VEB, Andrej Klepatsch, Ex-Vizeminister für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation, meint, dass die Pandemie und der Einbruch der Ölpreise auch in den nächsten Jahren eine Herausforderung für die russische Wirtschaft sein werden. Viele Unternehmen haben ihre Aktivitäten auf Eis gelegt. Das gilt vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft werden 2020 zehnmals stärker sein als die der fallenden Ölpreise. Langfristig werden die restriktiven Maßnahmen der Regierung Gesundheitswesen, Verkehr, Bildungswesen und anderes mehr negativ beeinflussen.

Das Finanzsystem des Landes hat durch die Pandemie wesentlich Schaden genommen. Das Finanzministerium war gezwungen, die innere Verschuldung zu erhöhen, um das Haushaltsdefizit decken zu können, das circa 10,6 Prozent des BIP erreicht hat.

Die meisten Regionen sind mit schwerwiegenden Folgen der Covid-19-Pandemie für ihre Haushalte konfrontiert. Seit April/Mai 2020 sanken und sinken in 80 Prozent der Regionen Einnahmen drastisch, die Ausgaben

für die Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie hingegen stiegen. 40 Prozent der Regionen müssen beträchtliche Haushaltsdefizite decken (die Gesamtsumme macht 245 Milliarden Rubel aus). Die Zahl dieser Regionen und deren Gesamtdefizit steigen weiter.

Das Modell des Gesundheitswesens, wie es sich seit 2012 herausgebildet hat, erwies sich als ineffizient, und die Regierung war gezwungen, dies schnell zu ändern. Die Optimierung des Gesundheitswesens hatte eine drastische Reduzierung des Bestandes an Krankbetten, insbesondere in den Infektionsabteilungen, den Abbau der Ärztezahlen, des mittleren medizinischen Personals und der Pflegekräfte zur Folge, die gleichzeitig eine größere Belastung zu tragen hatten. Das Netz der regionalen Krankenhäuser und Kliniken sowie die Kapazitäten der Nothilfe wurden in erheblichem Maße abgebaut. Die Haushaltsausgaben für das Gesundheitswesen sanken trotz der deklarierten Prioritätensetzung und der Lohnerhöhung für Mediziner von 3,9 Prozent des BIP 2007 auf 3,3 Prozent 2019. Nach der Meinung von Expert\*innen muss die Finanzierung dieses Bereichs bis 2024 um mindestens 1–1,5 Prozent des BIP erhöht werden.

Sinkende Einkommen und wachsende Arbeitslosigkeit infolge der Covid-19-Pandemie trafen die Bürger\*innen hart. Ministerpräsident Michail Mischustin erklärte unlängst, dass durch die Corona-Krise die durch jahrzehntelange Arbeit erreichten Erfolge bei der Armutsbekämpfung bedroht werden. Klar ist, dass die Armut im Lande 2020 steigen wird. Heute leben rund 18 Millionen Menschen in Russland unter der Armutsgrenze, das sind 12,3 Prozent der Bevölkerung der Russischen Föderation. Die Umfragen zeigen, dass die Bürger\*innen die Perspektiven ihrer materiellen Situation skeptisch einschätzen. Dieser Pessimismus der Konsument\*innen kann eine ernsthafte Konsumkrise hervorbringen. Rund 70 Prozent der Befragten nehmen an, dass die Pandemie die Wirtschaft des Landes wesentlich beeinflussen wird. Von einem mächtigen Einfluss sprechen 18 Prozent.

Vor dem Hintergrund sinkender Einkommen wächst in Russland die Arbeitslosigkeit weiter. Der Chef des Ministeriums für Arbeit und soziale Absicherung, Anton Kotjakow, betrachtet die Lage auf dem Arbeitsmarkt als sehr angespannt: Auf zehn freie Stellen kommen in Russland 18 Bewerbungen. Laut Angaben des Russischen Amtes für Statistik stieg die Arbeitslosenrate im April 2020 gegenüber März um 815.000 und betrug 4,3 Millionen. Der Präsident der Gewerkschaft Konföderation der Arbeit (KTR), Boris Krawtschenko,

erklärte, die reale Arbeitslosenrate liege wesentlich über diesen offiziellen Angaben. Er spricht von acht Millionen Arbeitslosen.

Leider leistete die Regierung der Russischen Föderation zum schwierigsten Zeitpunkt der Krise (März bis Mai 2020) keine umfassende finanzielle Unterstützung für die meisten Bürger\*innen, die ihre Arbeit und ihr Einkommen verloren hatten. Sie beschränkte sich auf die Zuteilung kleiner Unterstützungsgelder für Familien mit Kindern (10.000 Rubel, das heißt, rund 150 Euro pro Kind), wobei das Verfahren für den Erhalt dieser Unterstützungsgelder deutlich erschwert wurde. Kleine und mittlere Unternehmen, die von dieser Krise am stärksten betroffen waren, erhielten auch keine reale finanzielle Hilfe. Ihnen wurde nur ein Aufschub bei Steuerzahlungen gewährt und ermöglicht, Kredite mit günstigen Zinsen aufzunehmen, um ihren Beschäftigten Löhne zahlen zu können.

Anfang Juni 2020 hat eine unabhängige Forschungsgruppe einen Bericht zur Analyse der politischen Stimmung in der russischen Gesellschaft vorgelegt. In der Untersuchung wurden die wichtigsten Segmente, die sich in der russischen Gesellschaft formiert haben, vorgestellt. Welche sind es?

Erstens die „Loyalist\*innen“: Dazu zählen die „Anhänger\*innen der Großmacht“. Ideologisch stehen sie der Opposition nahe, aber die Staatsmacht verkörpert für sie nach wie vor die Stärke des Landes. Unter ihnen sind viele ehemalige Soldaten. Sie betrachten die „Liberalen“ und „Demokraten“ negativ, sind jedoch nicht bereit, ihnen aktiv entgegenzutreten. Darüber hinaus gibt es die „Besonders betagten Menschen“ im Alter über 75 Jahre. Ihre Kindheit verlebten sie im Krieg und in den Nachkriegsjahren. Sie wissen, dass es auch schlimmer sein kann. Sie werden weder an Protestaktionen noch an Bewegungen zur Unterstützung der Herrschenden teilnehmen. Des Weiteren lassen sich die „Bewahrer\*innen des Status quo“ zu dieser Gruppe zählen, Menschen, die sich an die heutige Situation angepasst haben. Sie fürchten sich vor jeglicher Veränderung, die ihre Lage verschlechtern könnte. Ihre Ideologie ist ein Konservatismus, der auf der Angst vor Veränderungen gründet. Sie sind keine reale politische Kraft.

Zweitens die Vertreter\*innen des oppositionellen Teils des gesellschaftlichen und politischen Spektrums. Ihre Positionen in der Gesellschaft gewinnen heute an Gewicht. Unter ihnen kann man vier relevante Gruppen ausmachen: Die „Demokratische Opposition“ bilden Anhänger\*innen demokratischer Werte, einer entwickelten Zivilgesellschaft, Geg-

ner\*innen politischer Manipulationen und gesetzeswidriger Gewaltaktionen der Staatsmacht. Die besonders Aktiven unter ihnen sind bereit, an Straßenprotesten teilzunehmen. Eine weitere Gruppe sind die „Anhänger\*innen von linken Ansichten und Werten sozialer Gerechtigkeit“. Sie unterstützen bei Wahlen alternative Kandidat\*innen und oppositionelle Parteien. Heute schließen sie sich der „Demokratischen Opposition“ im Kampf gegen den zunehmenden Druck und die Monopolisierung der Macht an und treten für einen Wechsel des sozialökonomischen Kurses und eine damit zusammenhängende politische Wende ein. Des Weiteren finden sich „Unpolitische“, ein Segment, das zwischen den extremen ideologischen Polen liegt. Die Ineffizienz der Macht und die Ermüdung angesichts ihrer Unveränderbarkeit drängen sie in Richtung der Opposition. Schließlich „Ehemalige Putin-Anhänger\*innen“, die von ihm enttäuscht sind. Ihre Ideologie wird hauptsächlich von russischem Nationalismus bestimmt, weiter von imperialen Stimmungen sowie einem negativen Verhältnis zur westlichen Demokratie. Diese Menschen wollen eine „starke Hand“, um das Land „wieder groß“ zu machen.

Man kann also den Schluss ziehen, dass die russische Gesellschaft ernsthafte Verschiebungen erlebt. Der Trend zu negativen Einstellungen zur föderalen Macht, der bereits 2011 einsetzte und nach dem „Krim-Fenster“ 2018 wieder auflebte, wurde durch die Pandemie deutlich verstärkt. Die vorherrschenden Emotionen vieler Menschen sind Verärgerung, Unruhe und Zorn. Das wichtigste Objekt negativer Äußerungen wurde Putin, der „den Hoffnungen nicht gerecht geworden ist“.

Eine wesentliche Zahl von Bürger\*innen meint, dass die entstandene Situation ernsthafte sozialpolitische Erschütterungen verursachen kann. Der Ausbruch von Unzufriedenheit bei den Bürger\*innen, wie ihn Russland während der fast 30-jährigen postsowjetischen Geschichte nicht erlebt hat, sowie die wachsende Ratlosigkeit und der Zynismus der Politiker zeugen von der Möglichkeit des negativsten aller denkbaren Szenarios. Die jüngsten Massenunruhen in Chabarowsk, die von der Verhaftung des gewählten Gouverneurs Sergej Furgal ausgelöst wurden, liefern den Beweis dafür. Daran nahmen Vertreter ganz verschiedener Strömungen teil. Sie demonstrierten in Russland eine bisher nie da gewesene Solidarität und Geschlossenheit für die Idee grundlegender Veränderungen im Land.

**Dr. habil. pol. Boris Guseletow** ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Russischen Akademie der Wissenschaften „Parteien und politische Systeme Europas im 21. Jahrhundert“.

# Der König ist nackt

Stunde der Exekutive oder Krise des Autoritarismus:

Welchen Einfluss hat Corona auf den Populismus?

Von Wolfram Schaffar

Die Frage, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf politische Systeme weltweit haben wird, beschäftigt politische Kommentator\*innen schon seit dem Beginn der Ausbreitung des Virus, als das Ausmaß der Krise noch überhaupt nicht absehbar war. Das zeugt von einem deutlichen Krisenbewusstsein bereits vor der Pandemie. Denn schon Ende 2019 war klar, dass sich in den meisten Staaten der Erde eine Krise der Repräsentation zugespitzt hatte: Innerhalb von etablierten Demokratien erstarkten populistische und autoritäre Parteien und Bewegungen immer weiter und führten zur Erosion demokratischer Institutionen. Außerhalb Europas waren solche Prozesse oft bereits so weit fortgeschritten, dass autoritäre Ausnahmeregime etabliert waren. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung widmete das Treffen der Auslandsmitarbeiter\*innen im August 2019 dem Thema „Globalisierung des Autoritarismus“.

Als dann die Epidemie globale Ausmaße annahm, setzte sich unter Analyst\*innen und Beobachter\*innen sehr bald das Bild durch, dass Corona wie ein Brennglas wirke und Prozesse beschleunige, die vor der Ausbreitung bereits angelegt waren. Bezüglich der weiteren Entwicklung der autoritären Regime wurden aus dieser Perspektive zwei unterschiedliche, zueinander konträre Erwartungen formuliert: Einerseits wurde oft geäußert, die Corona-Krise werde die neuen autoritären Populisten zu Fall bringen. Die Zeitschrift „Politico“ titelte im März: „Coronavirus' next victim: Populism“, und sagte das Ende von Johnson und Trump vorher. Aber auch die Analyse „Could the Duterte Regime Be COVID-19's Next Victim?“ von Walden Bello steht stellvertretend für viele ähnliche Artikel.

Die autoritären Populisten weltweit – so die Analyse – ignorieren wissenschaftliche Wahrheiten und sichern ihre Macht, indem sie die Menschen mit „einfachen Lösungen“ verblenden. Die Corona-Krise sei jedoch unbestechlich und lege diese Strategien und die Inkompetenz der Populisten gnadenlos offen, demaskiere sie. Dieses Bild ist aber problematisch: Es operiert aus der Sicht, dass es eine wahre, rationale Art gibt, Politik zu betreiben, die von den Populisten ausgetrickst wurde. Die Idee einer Demaskierung unterstellt, dass die Bevölkerung nach einer kathartischen Erkenntnis reumütig zur Wahlurne zurückgeht und besser wählt beziehungsweise für Demokratie aufsteht. Und sie setzt voraus, dass es eine bessere Politik gibt, die bereits zur Verfügung steht.

Von Analyst\*innen wurde jedoch auch das Gegenteil vorhergesagt: Die Krise sei die „Stunde der Exekutive“. Der mit den Ausnahmegesetzen einhergehende Machtzuwachs der Exekutive werde von den autoritären Regierungen dazu gebraucht, Macht und autoritären Zugriff noch weiter auszubauen. Die neue Krise werde zu einer weiteren gesteigerten Verrohung der Politik führen, Reste der liberalen demokratischen Institutionen würden weiter erodieren. Zwischen diesen beiden Polen oszilliert die Interpretation der Prozesse, die sich vor unseren Augen in Ländern wie den USA vor der Wahl, in Großbritannien oder in Ungarn und Polen entfalten. Viktor Orbán scheint der EU durch die Ausrufung eines unbefristeten Corona-Ausnahmestands demonstriert zu haben, dass er sich im Zweifelsfall unbegrenzte Macht nehmen kann. Jair Bolsonaro dagegen scheint sich durch seine Leugnung der Gefahren von Corona zunehmend zu delegitimieren. Boris Johnson und Donald Trump wiederum werden mal so, mal so analysiert.

Die Idee, die Corona-Krise wirke wie ein Brandbeschleuniger, ist jedoch verkürzt. Für die meisten Regime war dieses Thema komplett neu und eine Überraschung. Es kam völlig überraschend und von außen und – anders als der Klimawandel – ohne Ankündigung und ohne direktes eigenes Verschulden. Was sich abzeichnet, ist daher eher eine Situation, wie sie von Frank-Walter Steinmeier in einem Interview Mitte März charakterisiert wurde: „Unsere Antwort auf diese Krise wird Teil der weltweiten Auseinandersetzung um das beste politische System sein.“ Durch die Krise entsteht eine Art Systemkonkurrenz. Das heißt, die Situation ist charakterisiert von drei Momenten:

Erstens sind die politischen Konstellationen, die vor der Krise die autoritären Populisten hervorgebracht haben, weiterhin wirkmächtig. Autoritärer Populismus verbreitete sich als eine Krisenbearbeitungsstrategie, und mit der neuen Krise ist nur eine weitere hinzugekommen.

Zweitens ist diese neue Krise aber sehr stark und unerwartet. Sie führt zu einer Überforderung aller existierenden politischen Kräfte. (Bezeichnenderweise ringen in Deutschland alle politischen Kräfte gleichermaßen – auch die Linke – um den richtigen politischen Umgang mit der Krise.)

Drittens ist die Krise noch nicht vorbei. Bislang hatten die Regierungen die ver-



gleichsweise leichte Aufgabe zu schultern, die Menschen unter dem Eindruck eines weltweiten Schocks kurzfristig zu Bewegungseinschränkungen zu bringen. Das war deshalb relativ einfach, weil viele Menschen die Zuversicht hatten, ihren Alltag einfach nur Übergangsweise aussetzen zu müssen. Die zweite Welle, die weltweit gerade anrollt, bringt viel größere Herausforderungen mit sich: Es müssen langfristige Verhaltensänderungen beschlossen und durchgesetzt werden, die tief in das Leben der Menschen eingreifen. Ökonomisch wird das für viele Menschen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes einhergehen, wahrscheinlich werden ganze Branchen schrumpfen oder untergehen. In dieser Situation lässt sich beides beobachten: eine Verstärkung von bereits angelegten Prozessen, aber auch Brüche und komplett neue Entwicklungen.

Was uns an der Frage des Einflusses von Corona auf autoritäre Regime interessiert, ist keine akademische Frage der Regime-Entwicklung, sondern die Frage, wie Demokratisierung (im emphatischen Sinne) erreicht werden kann. Deshalb greifen die Fragen nach der „Entzauberung der Populisten“ durch die Corona-Pandemie zu kurz, denn sie setzen einen vormaligen liberaldemokratischen Normalzustand voraus, zu dem es zurückzukehren gälte. Und sie gehen von einem methodischen Nationalismus aus.

Jenseits der Fortführung und Verstärkung bekannter Prozesse und einer Systemkonkurrenz ist vielmehr zu beobachten, worauf Alex Demirović verweist, wenn er in Erinnerung ruft, dass Demokratie immer erkämpft werden muss und diese Kämpfe an unerwarteten

Stellen aufbrechen, von unerwarteten Akteur\*innen getragen werden und unerwartete Dynamiken entfalten.

Das jüngste Beispiel ist hier besonders vielversprechend: Die in Ost- und Südostasien aktivste Pro-Demokratie-Bewegung ist zurzeit eine transnationale Allianz zwischen Jugendlichen aus dem Dunstkreis der koreanischen K-Pop-Fans, die sich über die sozialen Medien, über die Plattformen Twitter und TikTok organisieren. Bei der Mobilisierung gegen die Wahlkampfveranstaltung von Trump in Tulsa wurden diese Akteure zum ersten Mal auch im Westen wahrgenommen.

Viel weitreichender war jedoch eine Mobilisierung, die Mitte April unter dem Hashtag #MilkTeaAlliance entstand – ein sogenannter Meme-Krieg, bei dem innerhalb der ersten zwei Tage über 1,5 Millionen Nachrichten gepostet und von mehreren Milliarden Nutzer\*innen angeklickt wurden. Auslöser war eine beiläufige Nachricht des thailändischen Popstars Bright, Hauptfigur einer homoerotischen Boy-Love-TV-Serie – ein Genre, das ähnlich dem koreanischen K-Pop, mit der Corona-Krise und dem Lockdown einen ungeheuren Zuwachs an Popularität in Thailand, China und weiteren Ländern Ost- und Südostasien erfuhr.

Bright hatte eine Nachricht weitergeleitet, in der er Hongkong als „Land“ bezeichnete, was von nationalistischen chinesischen Fans als Kritik an der Ein-China-Politik interpretiert wurde und zu einem organisierten Shitstorm gegen seinen Account führte. Anders als bei früheren Einschüchterungen dieser Art, bei denen unter anderem staatlich organisierte Blogger, die sogenannte 50-Cent-Armee, in

Debatten in den sozialen Medien eingriffen, löste diese Kampagne Gegenwehr aus: Blogger aus Thailand, Taiwan, Hongkong schlugen den Angriff zurück, indem sie offen über Themen wie den zunehmenden Autoritarismus in Thailand und China, über die Frage der Monarchie in Thailand, über Sicherheitsgesetze in Hongkong, die Souveränität Taiwans, aber auch über ökologische Auswirkungen von Damm-Projekten am Mekong-Fluss diskutierten. Prägend für die Debatte ist die auf TikTok übliche selbstironische und indirekte Form, Botschaften zu formulieren, die den Jugendlichen in Thailand hilft, die drakonischen Zensurbestimmungen der Militärregierung zu unterwandern.

Anfang August mündeten Twitter-Debatten in die größten Proteste seit dem Putsch von 2014. So sehen sich im Zuge der Corona-Krise das Militärregime und die zunehmend absolutistische Monarchie mit TikTok\*innen konfrontiert, die in Harry-Potter- und Hamtaro-Kostümen um das Demokratiedenkmal in Bangkok tanzen. Ihre Botschaft: „Der König ist nackt.“

---

**Wolfram Schaffar** ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich vor allem mit den Themen Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsprozesse, soziale Bewegungen, alternative Entwicklungskonzepte, Internet und soziale Medien. Er war bis Mai 2018 Professor für Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung in Wien, außerdem immer wieder für Forschung im Ausland und als Gastdozent tätig. Seit 2016 ist Wolfram Schaffar Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

## Arbeiten unter Corona: Moskau

Covid-19-Krise in Russland – same procedure as everywhere? Wirtschaftlich, medizinisch, politisch, sozial, psychologisch? Ja, leider. Wir zehn Kolleg\*innen vom Moskauer Büro waren uns da einig, als wir Beiträge für diesen Zoom-Stammtisch der Brandenburger LINKEN im Juni vorbereiteten – nach kurzem Chaos im März, drei Monaten Pandemie, Homeoffice, Quarantäne und digitalen Ausgeh-Genehmigungen.

Hierzulande sagt man, dass sich die Menschen augenblicklich auf Katastrophen ein- und umstellen können, dafür zieht sich alles länger hin. Warum? Man verlässt sich auf sein Umfeld, Moskau ist für die meisten sehr weit. Allein die Russische Föderation erstreckt sich über elf Zeitzonen. Da wir aktuell auch mit Partner\*innen in Georgien, Belarus und Armenien arbeiten, waren digitale Kommunikation, Skype-Konferenzen mit Minsk, Tbilissi und Wladiwostok längst Alltag.

Nicht nur untereinander blieben wir als Büro-Kollektiv täglich in Kontakt. Schnell und schmerzhaft wurde uns bewusst: Wir sind privilegiert, weil uns Arbeit, Einkommen und Gesundheitsversorgung sicher sind. Trotz beengter Wohnverhältnisse konnten Freunde und Familienangehörige auf die Datscha im Moskauer Umland ausweichen, kamen Ärzte und Hilfe ins Haus, als für einige Kontaktsperre angesagt war und streng kontrolliert wurde.

Schnell statteten wir auch Heimarbeitsplätze technisch aus, um dann per Zoom eine Art neu-normalen Alltag zu schaffen und Gespräche, Beratungen, Treffen und Seminare mit bis zu 30 Leuten abhalten zu können. Unsere Themen? Unterstützung unserer freiberuflichen

Partner in der Kulturszene, neue Arbeitsformate, Artikel- und Video-Produktion per Internet fürs Internet ...

Opfer häuslicher Gewalt finden in Russland weder Gesetzessicherheit noch nahe Zufluchten, so brachten wir also uns bekannte Expert\*innen und Aktivist\*innen zu Austausch, Lagebesprechung und Selbsthilfe zusammen. Sprach- und hilflos blieben wir am Bildschirm, als mit der Pandemie sofort Schwangerschaftsabbrüche von der Liste vorrangiger Operationen gestrichen wurden. Oder als der Kollege von der Gewerkschaft für Arbeitsmigrant\*innen uns bewusst machte, dass viele Migranten – zumeist jüngere Männer – inzwischen hungern, da sie ohne Arbeit und Geld in den Massenunterkünften festsitzen. Mangel und Not verriet im Supermarkt schon der Blick in fremde Einkaufskörbe. Auch dass digitale Kontrolle der Moskauer\*innen fast perfekt möglich ist, ob zu Hause, im Auto und im ÖPNV, mussten wir nun praktisch erfahren.

Was bleibt, ist nicht sicher. Aber als Kolleg\*innen und Projektpartner\*innen lernten wir uns anders kennen, vielleicht besser: unsere Hobbys und Sorgen, Familien, Mitbewohner und Haustiere, Wohnungen und genutzte Lieferdienste. Wir schätzen Offline-Begegnungen ganz anders und haben ein gemeinsames Treffen unserer Projektpartner\*innen gegen Jahresende schon in Vorbereitung. Bewiesen scheint, dass man besser, lieber und ungestörter im Büro arbeiten kann als zu Hause. Meistens jedenfalls.

**Kerstin Kaiser** (Leiterin des RLS-Büros in Moskau)

# Neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Polens großes Wahlspektakel in Corona-Zeiten: Kaczyńskis „Insel der Freiheit“ hält stand. Von Holger Politt

Nicht ausgemacht war, wer in Polen schließlich wen niederhalten wird – das neuartige Virus die Regierung oder die Regierung den gefährlichen Krankheitserreger. Mitte März wurden die Schotten erst einmal dichtgemacht, die Staatsgrenzen für den freien Personenverkehr geschlossen und das öffentliche Leben in erheblichem Umfang lahmgelegt. Zur Osterzeit gab es gar ein weitgehendes Ausgehverbot, es mutete an, als bereite sich das ganze Land auf das Schlimmste vor.

Zu den Besonderheiten indes gehörte, dass nebenher der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen am 10. Mai weiterlief, auf die im politischen Leben seit den Parlamentswahlen im Oktober 2019 alle Aufmerksamkeit gerichtet war.

Obwohl das nationalkonservative Regierungslager damals im Herbst die absolute Zahl der Abgeordnetensitze im Sejm, der entscheidenden Parlamentskammer, verteidigen konnte, war die endgültige Entscheidung dennoch in das darauffolgende Frühjahr verlagert worden, denn nun kam es darauf an, dem Staatspräsidenten aus den eigenen Reihen weitere fünf Amtsjahre zu sichern. Das Staatsoberhaupt kann Gesetzesvorhaben im Zweifelsfall an den Sejm zurückweisen, für deren abermalige Verabschiedung dann die erforderliche höhere Stimmenzahl nicht mehr gegeben wäre. Niemand brauchte in Polen also

noch lange überzeugt zu werden, wie wichtig der für den 10. Mai 2020 festgeschriebene Wahltermin war. Der plötzliche Einbruch des Coronavirus brachte die Dinge allerdings tüchtig durcheinander.

Polens Staatspräsident wird direkt gewählt, auch wenn er in dem ausgeklügelten parlamentarischen System viel weniger zu bestimmen hat als etwa der Präsident Frankreichs. Doch ohne Zweifel beherbergt der Präsidentenpalast an der Weichsel sehr viel mehr Kompetenz als Schloss Bellevue an der Spree. Weil nun plötzlich im lahmgelegten öffentlichen Leben die Herausforderer mit ihren Kampagnen mehr oder weniger ins Straucheln kamen, ergab sich für den nationalkonservativen Amtsinhaber Andrzej Duda eine unverhoffte Chance, bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit von 50 Prozent zu überbieten und den riskanten Gang in die Stichwahl zu vermeiden. Auch deshalb setzte Jarosław Kaczyński, weiterhin unumstrittener Führer im nationalkonservativen Regierungslager, alles auf den ursprünglichen Termin am 10. Mai. Er riskierte dabei sogar die Regierungsmehrheit, weil er den greifbaren Sieg um jeden Preis – Virus hin, Virus her – einheimen wollte.

Wie eine Niederlage mutete es dann auch an, als der 10. Mai als Wahltermin nicht gehalten werden konnte, weil das Argument Corona schließlich doch den Ausschlag gab. Nach einigem Hickhack akzeptierten die streitenden Seiten, die Wahlen am 28. Juni beziehungsweise die Stichwahl am 12. Juli nachzuholen. Plötzlich eröffnete sich für die aussichtsreichste Oppositionskraft die Chance, einen Kandidatenwechsel vorzunehmen, so dass das Rennen noch einmal völlig offen wurde. Lange vor dem ersten Wahlgang stand nun fest, dass es zu einem Stechen zwischen Duda und Rafał Trzaskowski kommen würde, wobei niemand mehr sagen konnte, wie der Zweikampf ausgehen würde.

Trzaskowski hatte den kleinen Vorteil, von vornherein die Corona-Bedingungen zu kennen, sich also nicht mehr umstellen oder länger daran gewöhnen zu müssen. Auch kam er gleichsam wie ein Sprinter, also mit frischen Kräften in die Schlacht, die nun erst richtig heiß zu werden begann. Ohne die üblichen großen Menschenversammlungen, denn Abstandsregelungen und Begrenzungen blieben wegen der Viruslage bestehen, tourten die Kandidaten in unglaublicher Intensität durch das Land, versuchten so medienwirksam ihre Themen unters Volk zu bringen.

Hinter Duda stand der seit 2016 gründlich zum Regierungssender umgemodelte öffentlich-rechtliche Rundfunk, der auf allen seinen Kanälen den Herausforderer zum Hauptfeind Polens erklärte. Dieser spielte leichtfertig fremden, vor allem jüdischen und deutschen Interessen in die Hände. Vor allem aber wurde immer wieder die Gefahr beschworen, die jener auf der traditionellen Familie von Mann und Frau gegründeten nationalen Gemeinschaft in Polen drohe, sollte der andere gewinnen.

Der Popanz einer selbsterfundene LGBT-Ideologie, mit dem die Nationalkonservativen bei voller Unterstützung der katholischen Kirche bereits die Wahlkämpfe 2019 ausgeschmückt hatten, wurde pünktlich hervorgeholt, um dem eigenen Wahlkampf die rechte, also mobilisierende Würze zukommen zu lassen. Behauptet wurde, eine Minderheit dürfe der überdeutlichen Mehrheit nicht ungewollt ihren Willen aufdrücken, indem zu ideologischen Mitteln gegriffen werde, wie der Regenbogenfahne oder öffentlich vorgetragene Forderungen nach Gleichberechtigung. Duda setzte sich unerschrocken und wacker als Verteidiger der Mehrheitsinteressen in Szene, da die nun heftig bedrängt würden, und noch dazu mit völlig unlauteren Mitteln. Ein Präsident für polnische Angelegenheiten werde er sein, es müsse verhindert werden, dass fremde Interessen und andere Hauptstädte über die Geschicke des Landes bestimmten.

Während Trzaskowski auf ein weltoffenes, zukunftsorientiertes und selbstbewusstes Polen setzte und keine Gründe gelten ließ, sich vor den Herausforderungen und Problemen dieser Welt angstvoll ins nationale Schneckenhaus zurückzuziehen, setzte Duda auf nationale Souveränität und Identität sowie auf den Schutz der polnischen Familie. Zwei Welten stießen aufeinander, der Riss teilte Land und Gesellschaft. Im Regierungsfunk wurde schließlich behauptet, die andere Seite folge einer Haltung, die sich mit dem nationalen Gemeinschaftsgedanken nicht mehr vereinbaren lasse. Ein unglaublicher Vorgang, doch pocht Kaczyński ohnehin seit geraumer Zeit darauf, dass Polen eine Insel der Freiheit mitten in einem Meer von Unfreiheit sei.

Das Ergebnis ist bekannt, Sieger wurde der rückwärtsgewandte, auf Tradition und Familie schielende Teil, der im Kern meint, der erreichte bescheidene oder sogar vorzeigbare Wohlstand müsse nun – gegen wen auch immer – verteidigt werden. Beide Seiten verbuchten jeweils über 10 Millionen Stimmen, doch

## Arbeiten unter Corona: Warschau

Die Corona-Pandemie hatte zur Folge, dass wir im Büro schnell auf Schichtbetrieb umsteigen mussten. Natürlich haben wir darauf geachtet, dass während der Arbeit im Büro die Abstandsregeln eingehalten werden können. Besucherverkehr gab es nicht mehr, was schade, aber nicht zu ändern war. In der Projektarbeit haben wir uns bemüht, schnell alle Instrumentarien zu nutzen, die sozusagen kontaktlose Vernetzung und Weiterarbeit ermöglichen. Vieles von dem, was wir gerade tun, wird frühestens 2021 in der Öffentlichkeit gezeigt werden oder in Veranstaltungsformate einfließen können. Zum Glück sind alle gesund geblieben. Zumindest war das der Stand im August 2020. Wir hoffen, dass es so bleibt. **Holger Politt**

ließen schließlich 400.000 Stimmen mehr die Waage zur Kaczyński-Seite hin ausschlagen.

Für den Amtsinhaber stimmte das Dorf, für Trzaskowski die Großstadt – jeweils zu zwei Dritteln. Duda bekam deutlich mehr als 60 Prozent der Stimmen bei den über 60-jährigen, Trzaskowski umgekehrt denselben Schnitt bei den jüngeren Wählerschichten. Das für die von den Nationalkonservativen beschworene nationale Gemeinschaft angeblich so gefährliche Gift einer LGBT-Ideologie erreichte vornehmlich Menschen, die in ihrem Leben nie Gelegenheit hatten, eine lesbische Frau oder einen schwulen Mann näher kennenzulernen. Um Dudas Wählergruppe noch zusätzlich zu mobilisieren, lancierte die Regierungsseite über ihre Medien nachdrücklich, dass in Polen die Gefahr des Coronavirus durch Regierungshandeln gebannt sei, dass niemand mehr befürchten müsse, sich beim Gang ins Wahllokal anzustecken.

Wohl weniger als erwartet fiel diesmal die Sozialpolitik ins Gewicht, denn Versprechungen dieser Art passen nicht ganz in die Corona-Zeiten. Allerdings behauptete Duda, der Gegner werde im Fall eines Sieges sofort die Leistungen der letzten Jahre – zum Beispiel gesetzliches Kindergeld, früheres gesetzliches Renteneinstiegsalter sowie eine zusätzliche Rentenauszahlung – abschaffen. Auch diese Drohung verfiel, interessierte aber insbesondere die jüngeren Menschen viel weniger als noch vor fünf Jahren die damaligen Versprechungen.

Schaut man auf Polens Linkskräfte, die ihren festen Platz innerhalb der demokratischen Opposition nun wieder suchen müssen, so steht künftig die Aufgabe im Mittelpunkt, den von den Nationalkonservativen gehüteten Ball der Sozialpolitik – um in einem sportlichen Bild zu bleiben – gekonnt aus des Gegners Hälfte in die eigenen Reihen zu bekommen.

Kaum war die Wahl vorbei, richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit wieder stärker dem Virus zu. Die Zahlen, das geben führende Regierungsvertreter bereitwillig zu, steigen wieder und sind höher als erwartet. So oder so – das Regierungslager hat im Schatten der Corona-Krise einen gleichermaßen knappen wie wichtigen Sieg eingefahren, so dass nun auf Polens Zivilgesellschaft Herausforderungen ganz neuen Zuschnitts zukommen werden.

**Holger Politt** leitet das Büro Warschau der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



## Wir brauchen mehr als nur Kosmetik

Klimakrise: Über die Lehren aus Corona Von Nadja Charaby

Die Klimakrise geht ungebremst weiter – auch mit Corona. Das aktuelle Jahr hat Potenzial, eins der fünf heißesten, wenn nicht sogar das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen zu werden.

Sibirien wird von einer extremen, andauernden Hitzewelle heimgesucht. Die Tundra brennt, was allein im Juni den Ausstoß von 56 Megatonnen CO<sub>2</sub> verursacht hat. Der schmelzende Permafrostboden führt schon jetzt zum Kollaps von Infrastrukturen, darunter Öl-Pipelines, und erhöht das Risiko für das Entweichen von Methangas – ein noch viel aggressiverer Klimakiller als CO<sub>2</sub>. Das Eis der Arktis war im Juli 2020 in seiner Ausdehnung in Vergleich zum letzten jahreszeitbedingten Rekordtief von vor neun Jahren um 330.000 Quadratkilometer geschrumpft – eine Fläche fast so groß wie Deutschland. Auch mit den Heuschreckenschwärmen, die Anfang des Jahres den Osten Afrikas, Teile der arabischen Halbinsel, Südasien und Südamerika heimsuchten, ist es nicht vorbei. Die Heuschrecken sind wieder da, dazu kamen starke Regenfälle und Überschwemmungen von März bis Mai, die in Ostafrika zur Vertreibung mehrerer hunderttausend Menschen geführt haben.

Hinzu kommt jetzt noch das Corona-Virus, welches vielerorts die Gesundheitssysteme zum Erliegen bringt. Forderungen wie Händewaschen und Zuhause Bleiben sind angesichts dieser Situation blanker Hohn. Vielleicht sind es die vergangenen doch etwas zu heißen und trockenen Tage, die uns daran erinnern, dass wir die Klimakrise nicht hinter uns gelassen haben und dass wir weit von deren Bewältigung entfernt sind. Die vermeintliche Entspannung auf

der Emissionsstrecke durch weniger Flugreisen und durch die verringerte Produktivität der Industrien verschafft uns noch nicht einmal eine kurze Verschnaufpause, geschweige denn bringt sie den notwendigen Systemwandel, den wir so dringend brauchen.

Corona hat der Mobilisierung der verschiedenen Klimabewegungen einen Dämpfer verpasst. Die internationale Klimadiplomatie ist 2020 mit dem Aussetzen der Klimaverhandlungen aufgrund der Pandemie bedingten Einschränkungen quasi zum Erliegen gekommen. Die 26. UN-Klimakonferenz wird zwar in 2021 nachgeholt, angesichts der verheerenden Auswirkungen der Klimakrise ist 2020 nun aber ein verlorenes Jahr – so man überhaupt Hoffnung haben kann, dass der UN-Klimaprozess noch einen relevanten Beitrag zur Rettung des Weltklimas liefern wird.

Durch die Verschiebung der Klimakonferenz entfällt dieses Jahr auch ein politisches Moment, was die globale Klimabewegung zusammengebracht und eine Gelegenheit geboten hätte, Protest erneut auf die Straße und in die öffentliche Wahrnehmung zu tragen. Die beeindruckenden Bilder aus dem Jahr 2019 mit Millionen, vor allem junger Menschen auf den Straßen, die weltweit nach mehr Klimagerechtigkeit rufen, wurden durch die Berichterstattung über Covid-19 verdrängt. Auch wenn es nach der Verabschiedung des sogenannten Kohleausstiegsgesetzes in Deutschland zu Protesten kam, blieben diese weit von dem entfernt, was wir 2019 noch hätten erleben können.

Bei vielen Aktivist\*innen, Wissenschaftler\*innen und sonstigen Akteur\*innen, die

seit Jahren Fakten liefern, um die notwendigen staatlichen Entscheidungen ringen und gesellschaftlichen Druck aufbauen, damit Staaten sich endlich zum angemessenen Handeln für das Klima durchringen, lösen die jetzt plötzlich möglichen Interventionen im Rahmen der Corona-Krise vermutlich gemischte Gefühle aus. Ist es nicht verwunderlich, dass im Umgang mit der Klimakrise mit Verweis auf wirtschaftliche Interessen, Sparzwänge und vermeintliche Entfaltungsansprüche des Marktes notwendige Reformen verweigert werden, während die Corona-Krise mit der schnellen Mobilmachung staatlicher Hilfen und Interventionen gezeigt hat, dass es eigentlich auch anders geht? Hat der Umgang mit der Pandemie nicht auch gezeigt, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik zu einer erfolgreichen Krisenbewältigung beitragen kann? Könnten die staatlichen Entscheidungsträger\*innen es also endlich kapiert haben, dass das auch bei der Sache mit dem Klima sinnvoll ist?

Für die Bewältigung der Klimakrise Lehren aus dem Umgang mit Corona zu ziehen, erscheint sinnvoll. Doch gleichzeitig wird es dafür nicht ausreichen ein paar kosmetische Stellschrauben zu drehen. Zentral wird die Frage sein, wie die Bewältigung der Corona-Krise aussehen wird, ob es vor allem nationale Wirtschaftsinteressen sind, ob es das reine, gegebenenfalls grün angepinselte Setzen auf Wachstum ist - oder ob eben eine Abkehr von kapitalistischen Marktlogiken, neokolonialen Handelsverträgen, der Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten des Wohlstands im globalen Norden in den globalen Süden jetzt gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich vereinen kann.

Dass unser multilaterales System nicht ausreichend in der Lage ist, mit den globalen Krisen unserer Zeit umzugehen, wissen wir seit 25 Jahren Klimaverhandlungen nur zu gut. Im Fall von Corona hat sich die Krise des Multilateralismus in seiner vollen Brisanz erneut gezeigt. Wie wäre es hier mit einem ernsthaften linken Projekt, dass unsere Vorstellungen der Vereinten Nationen mal zu Ende denkt und diese gemeinsam mit unseren Verbündeten voranbringt? Das Klima und das globale Recht auf Gesundheit würden profitieren. So oder so: Die Vorbereitungen für die nächsten Klimademos und den nächsten globalen Klimaprotest wird es natürlich weiter brauchen. Und Blockaden fossiler Infrastrukturprojekte funktionieren auch unter Einhaltung von Hygieneregeln.

**Nadja Charaby** ist Referentin für Klimagerechtigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Mitten in der größten globalen Gesundheitskrise seit Jahrzehnten stoppten die Vereinigten Staaten Mitte April 2020 zunächst alle US-Zahlungen an die in Genf ansässige Weltgesundheitsorganisation (WHO), um Ende Mai 2020 den Austritt aus der Organisation zu verkünden. Auf einer Pressekonferenz im Rosengarten des Weißen Hauses am 29. Mai 2020 begründete US-Präsident Donald Trump dies mit der totalen Kontrolle, die China über die WHO habe, und der Weigerung der WHO, dringend benötigte Reformen durchzuführen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, kritisierte die Entscheidung der USA, die 2019 mehr als 400 Millionen US-Dollar oder etwa 15 Prozent des Gesamthaushalts zum Budget der WHO bei-

steuerten und damit deren größter Geldgeber waren, bereits im April scharf. Jetzt, mitten in der Krise, sei „nicht die Zeit“, die Ressourcen für das Gremium zu reduzieren. Guterres sagte weiter, die WHO sei „absolut kritisch“ für die Ausrottung von Covid-19.

Dennoch steht Trump mit seiner Kritik an der WHO und dem chinesischen Einfluss auf sie nicht allein da. Recherchen des kanadischen Citizen Lab zeigten, dass die chinesische Regierung versuchte, die Berichterstattung über das Coronavirus zu verhindern. Auch gegenüber der WHO handelte die chinesische Staatsführung, anders als von der WHO selbst zunächst behauptet, nicht transparent. Der Zeitpunkt der Kritik und der Austritt der USA aus der WHO jedoch zeugen erstens von

einer Fehleinschätzung der derzeitigen Krise, zweitens aber auch von Unkenntnis über den Handlungsauftrag und die Arbeitsweise der Organisation. Die WHO ist eine zwischenstaatliche Organisation, die nur so weit handeln kann, wie es ihre Mitgliedsstaaten und weiteren Finanzgeber zulassen. Die in ihr stattfindenden politischen Auseinandersetzungen, so Anna Holzscheiter, Leiterin der Forschungsgruppe „Governance for Global Health“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, führen dazu, „dass die WHO mit ihren 194 Mitgliedsstaaten nicht genauso zielgerichtet, schnell und an den Verfahrensregeln vorbei reagieren kann, wie wir das in beispiellosem Ausmaß gerade in Ländern selbst mit demokratischer Verfassung beobachten können“.

So wichtig eine Kritik an den in vielen Fällen dysfunktionalen Strukturen der UN und ihrer Unterorganisationen generell ist, es ist gerade in der großen Krise wichtig, sich hinter die Organisationen zu stellen, die diese Krise zu bewältigen versuchen, so geschehen in einem Aufruf der Zivilgesellschaft vom 15. April 2020. Darin heißt es, es sei höchste Zeit, „dass alle Mitgliedsstaaten der WHO den enormen Wert der Organisation bei der umfassenden Bewältigung der gesundheitlichen Herausforderungen, die aufgrund des Klimawandels und anderer Bedrohungen vor uns liegen, anerkennen und unterstützen, anstatt ihre eigenen Fehler als Vorwand zu benutzen, um die führende Rolle der Organisation beim Schutz der globalen Gesundheit weiter zu schwächen“.

Bei der globalen Bewältigung der Gesundheitskrise kommt der UN und der WHO eine zentrale Rolle zu. Die WHO, gegründet 1948, kann auf jahrzehntelange Erfahrung mit der Bewältigung von Pandemien zurückgreifen. Sie kann mit ihren 194 Mitgliedsstaaten im Kampf gegen Pandemien internationale und nationale Aktivitäten wie Soforthilfen koordinieren, die Zusammenarbeit bezüglich der Entwicklung von Tests, Medikamenten und Impfstoffen steuern oder länderübergreifend konkrete Handlungsempfehlungen wie Quarantänemaßnahmen oder Reisebeschränkungen aussprechen. Außerdem hat die WHO mit dem UN-Generalsekretär einen Fürsprecher, der ihren Anliegen weltweit Gehör verschaffen und darüber hinaus Empfehlungen zur Bewältigung der Gesundheitskrise aussprechen kann, siehe Guterres' Appelle für einen weltweiten Waffenstillstand am 23. März 2020.

Davon ausgehend sollten Reformen der WHO gedacht und angegangen werden. Bereits 2015 beklagte der damalige Geschäftsführer von *medico international*, Thomas Gebauer, dass Managementprobleme innerhalb der WHO bestünden und dass ihre Struktur verbessert werden müsse. Ein Grund dafür sei die Kürzung der WHO-Mittel für die Seuchenbekämpfung, da Gesundheit nicht mehr nur als Menschenrecht angesehen, sondern Wirtschaftsinteressen untergeordnet werde. Der

WHO-Programmhaushalt 2020/21 beträgt lediglich 4,8 Milliarden US-Dollar. Die für die Arbeit der WHO besonders wichtigen Pflichtbeiträge der Mitgliedsstaaten machen dabei nur noch ein Fünftel aus. Bereits seit 1993 sind die Pflichtbeiträge eingefroren, und die WHO erhält zunehmend zweckgebundene freiwillige Zahlungen. Seit der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die UN 1997 für private Finanzquellen öffnete, steigt der Anteil politisch heikler Beiträge privater Stiftungen und Unternehmen. In den Jahren 2012/13 war die „Bill & Melinda Gates Foundation“ der größte Geldgeber der WHO, noch vor den USA, mit den entsprechenden Folgen für die Programmatik der WHO: weg von der Stärkung öffentlicher Gesundheitssysteme, hin zu einzelnen wenigen Krankheiten wie Tuberkulose oder Malaria, bei deren Bekämpfung sich mit Impfungen oder Moskitonetzen schnell und kostengünstig Erfolge vorweisen lassen.

Die gegenwärtige Krise aber wird nur durch eine massive Stärkung des öffentlichen Gesundheitssektors weltweit, vor allem aber im globalen Süden, wo der Verlauf dieser Pandemie noch gar nicht absehbar ist, eingedämmt werden können. Da die Länder des globalen Südens nicht annähernd über die finanziellen Mittel dafür verfügen, wird die internationale Gemeinschaft auch hier gefragt sein. Der Aufruf von Weltbank und Internationalem Währungsfonds im März 2020, von den ärmsten Ländern vorerst keine Schuldentrückzahlung zu verlangen, und die Verständigung der G20-Mitglieder Mitte April darauf, alle Zins- und Tilgungszahlungen der 77 ärmsten Länder von Mai bis Dezember 2020 zu stoppen, ist nur ein Anfang. Um anderen Epidemien vorzubeugen und Gesundheitskrisen wie die derzeitige auch zukünftig bewältigen zu können, wird es mittel- und langfristig darum gehen, die Unabhängigkeit der WHO wiederherzustellen, wofür die massive Aufstockung der niedrigen Pflichtbeiträge zentral ist.

Dazu bedarf es jedoch eines Umdenkens der Mehrheit der Mitgliedsstaaten. Stagnation und Kürzung der Pflichtbeiträge an die WHO trugen auch weitergehend zu deren Schwächung bei, da mehr und mehr gesundheitsbezogene Maßnahmen zu anderen Institutionen wanderten, zunächst zu anderen UN-Organisationen, später aber auch zu öffentlich-privaten Partnerschaften wie dem Global Fund oder der Globalen Allianz für Impfstoffe Gavi und zuletzt zu Multi-Stakeholder-Initiativen. Solche Arrangements, unterstützt vom Weltwirtschaftsforum und sogar von der UN, sorgten laut der kanadischen Wissenschaftlerin Anne-Emanuelle Birn dafür, „dass die WHO nur ein Partner unter vielen ist und nicht mehr – wie es ihrem Mandat entspricht – die koordinierende Autorität zur Förderung globaler Gesundheit und zum Schutz von Gesundheit als einem ‚fundamentalen Recht‘“.

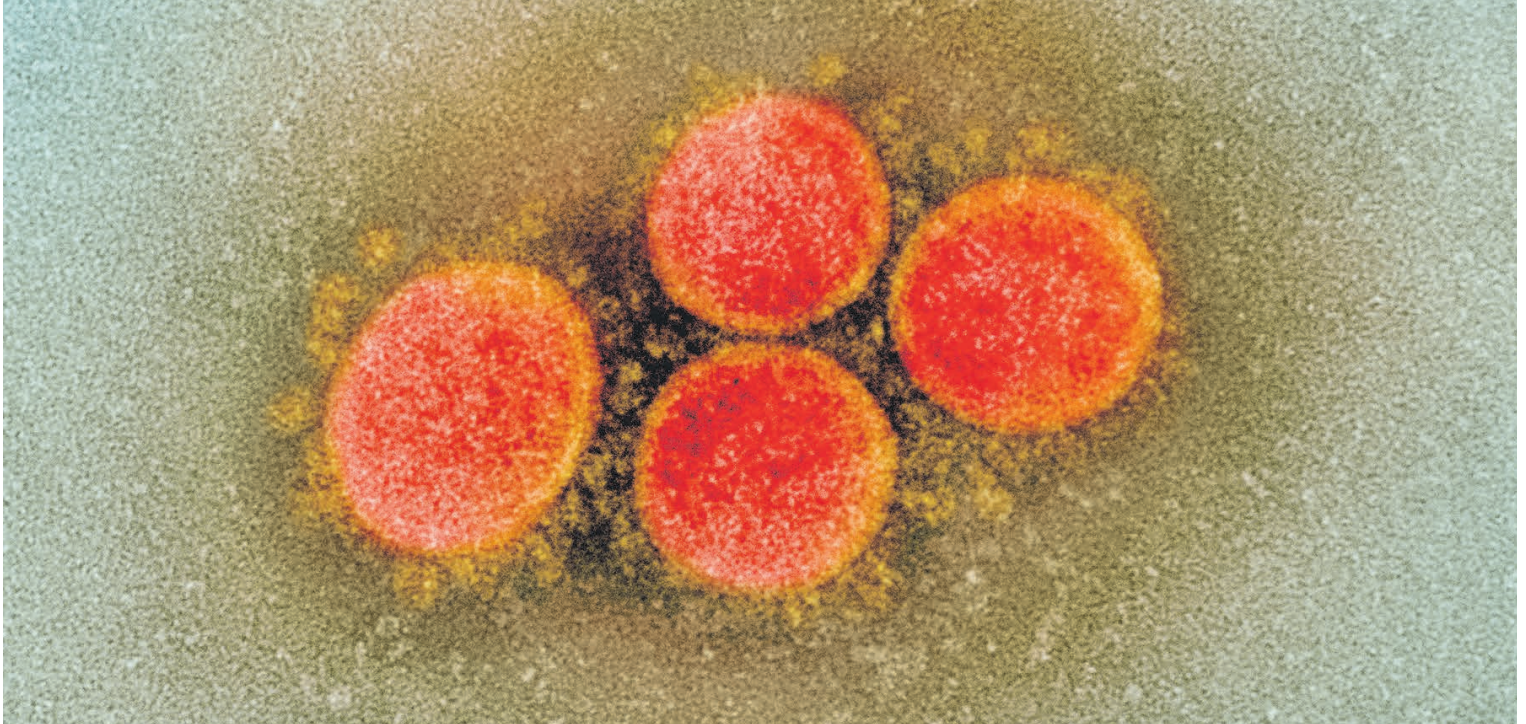
Damit die WHO ihrem Gründungsauftrag, für alle Völker das höchstmögliche Gesundheitsniveau zu erreichen, wieder gerecht

wird, muss sie sich auf die in ihrer Verfassung beschriebenen Organisationsziele zurückbesinnen: auf Basis von fundierten und unabhängigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse insgesamt beizutragen. Außerdem müssen Wirksamkeit und Erfolg von Maßnahmen wieder daran gemessen werden, ob sie zu mehr gesundheitlicher Gerechtigkeit beitragen, und nicht daran, ob sie marktkonform sind. Nur so kann die WHO zukünftig ihrer Rolle als zentraler, einzig demokratisch legitimer Instanz in globalen Gesundheitsfragen gerecht werden und eine Führungsrolle im globalen Gesundheitsbereich einnehmen.

Wie die WHO bereits in ihrem Weltgesundheitsbericht 2008 festhielt und wie es *medico international* 2018 zum 40. Jahrestag der Deklaration von Alma-Ata (Kasachstan), des Abschlussdokuments der WHO-Konferenz 1978, erneut forderte, sind die Prinzipien der sogenannten „Primary Health Care“ (Basisgesundheitspflege) dafür zentral. Um diese umzusetzen, muss Gesundheit als „grundlegendes Menschenrecht“ anerkannt und das System als solches demokratisiert werden: auf der Ebene der Beschäftigten, etwa durch eine Unterstützung von Bewegungen für mehr Personal in Krankenhäusern, und auf systemischer Ebene, beispielsweise durch die Demokratisierung der formal noch bestehenden Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, durch die Beteiligung von Patient\*innen beziehungsweise Versicherten an den Entscheidungen im Gesundheitswesen oder durch eine Krankenversicherung, die auf dem Solidar- und Sachleistungsprinzip beruht.

Der Druck zu Veränderungen muss dabei von unten kommen, von gut vernetzten und beharrlichen zivilgesellschaftlichen Kräften. Schon jetzt – noch mitten in der Pandemie – wird diskutiert, welche Lehren aus der Pandemie zu ziehen sind, sei es in Bezug auf systemrelevante Institutionen, Unternehmen oder Berufe, sei es aber auch in Bezug auf Produktions- und Arbeitsweisen, beispielsweise in der Fleischindustrie. Gleichzeitig muss die Corona-Pandemie in einen größeren Zusammenhang eingebettet werden. Sie ist – wie alle Pandemien – auch Spiegelbild der globalen Ungleichheit. Dies zeigt zum einen ihre Ausbreitung in Ländern wie Brasilien, Mexiko oder Indien, wo ihr Millionen von Menschen schutzlos ausgesetzt waren, zum anderen aber auch das Auftreten von sogenannten Hotspots in Deutschland, an Orten mit besonders engen Wohnverhältnissen oder prekärer Beschäftigung. Außerdem muss eine Debatte über die Wirksamkeit des Multilateralismus, seiner Organisationen und Instrumente geführt werden, sowohl was die derzeitige Gesundheitskrise als auch was die Klimakrise oder das Thema Krieg und Frieden angeht.

**Eva Wuchold** ist Programmleiterin Soziale Rechte im Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Genf.



## Arbeiten unter Corona: Athen

Anders als in vielen anderen Ländern traten die ersten Fälle in Griechenland in der ländlichen Region auf. In den Großstädten hingegen gab es vergleichsweise wenige Fälle. In einigen Regionen wurden Dörfer und Kleinstädte mit gehäuften Fällen für zwei Wochen unter Quarantäne gestellt. Mit dem Lockdown wurde die Mobilität der gesamten Bevölkerung massiv eingeschränkt, durfte der Wohnort/das Bundesland nicht mehr verlassen werden. Diese Maßnahme wurde vor allem deshalb verhängt, weil viele Griech\*innen Häuser auf dem Land oder in anderen Städten besitzen, oftmals an den Orten der Großeltern-Generation. An Wochenenden und vor allem zu wichtigen Festen wie Ostern fahren die Menschen dann in „ihre“ Dörfer. Mit dem Lockdown wurde dies verboten.

Auch für unsere Arbeit bedeutete der Lockdown die Umstellung auf Homeoffice: Keines unserer geplanten Projekte ließ sich ins Netz verlagern. Gerade hatten wir Ausstellungen unseres Projekts „ValtousX“, das per QR-Codes Orte rassistischer Gewaltverbrechen in Griechenland markiert, in Thessaloniki und Volos eröffnet, Begleitveranstaltungen vorbereitet und beworben. Dann schlossen die Museen. Eine virtuelle Ausstellung fanden wir unpassend, also warben wir mit der Mitteilung der Schließung für den Besuch der Projektwebsite und die Buchpublikation. Die zweite Aufführung des von uns geförderten Theaterstücks über die Kommunistin Electra Apostolou musste ebenfalls abgesagt und soll nun Anfang kommenden Jahres nachgeholt werden.

Geplante Projekte mussten auf Eis gelegt werden, zum Beispiel Empowerment- und Organisations-Workshops von und mit Migrant\*innen von unserem Partner „Greek Forum of Refugees“ im Rahmen eines längeren Forschungs- und Organisationsprojekts zu Rechten und Partizipation von Migrant\*innen, die Filmarbeiten zu den Auswirkungen von Airbnb in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal, der Workshop eines deutschen Forschungsprojekts mit Gesundheitsarbeiter\*innen.

Zu Beginn der Pandemie werden die Kampagne „Stay Home“ und das Postulat des Social Distancing auch in unserem Umfeld noch mit Solidarität verwechselt. Glücklicherweise nur für wenige Tage. Insbesondere nichtinstitutionelle Akteure, kleine Initiativen und Aktivist\*innen beginnen, Solidarität ganz praktisch zu organisieren: „physical distancing, practical solidarity“.

Nachbarschaftshilfe wird organisiert, Informationen, Antiseptika, Masken und Lebensmittel werden gesammelt und verteilt. Einige unserer Partner stellen ihre Arbeit auf materielle Unterstützung für ihre „Zielgruppen“ um. Weil die Leute nicht mehr zu „Steps“ kommen kön-

nen, kommt „Steps“ zu ihnen: Unterstützer\*innen fahren durch die Stadt, dezentral werden nun Essen, Masken und Antiseptika verteilt. Und Informationen.

Wir unterstützen die Informationskampagne und stoßen an unsere Grenzen: Als politische Stiftung dürfen wir keine humanitäre Hilfe leisten. Essen dürfen wir nicht fördern, notwendige Schutz-ausstattung im Rahmen einer Informationskampagne schon. Es ist kompliziert, denn in dieser Krisensituation muss sich auch die Glaubwürdigkeit von Organisationen beweisen, jetzt müssen sie am Start sein, jetzt ist praktische Unterstützung angesagt.

Unser Team diskutiert, lotet aus: Was können wir tun, welche Rolle haben wir, sollten wir haben? Daraus entstehen neben der Unterstützung im Rahmen der vorgegebenen Förderrichtlinien – siehe oben – zum Beispiel zwei sehr unterschiedliche Initiativen:

**Covid Watch/Parlamentsmonitoring:** Gemeinsam mit der Organisation VouliWatch („Vouli“ heißt „Parlament“) beschließen wir, die coronabezogenen Aktivitäten der Regierung und des Parlaments zu beobachten, zu dokumentieren und kritisch zu begleiten. Einmal wöchentlich veröffentlichen wir einen detaillierten Bericht, begleitet von einem journalistischen Kommentar, der die Maßnahmen und Debatten politisch einordnet, auf Brisantes hinweist und es offenlegt, wenn die Regierung unter dem Vorwand der Krisenreaktion ihre neoliberale Agenda durchzusetzen versucht oder durchsetzt – wie etwa die Lockerung von Kündigungsschutz oder, erst kürzlich, die Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts.

**Informationsaustausch und Unterstützung der Kampagne von Seebücke und der Initiative sicherer Städte:** Für die Geflüchteten in den griechischen Camps verschlechtert sich die Situation mit den Covid-Maßnahmen drastisch. Initiativen und linke Politiker\*innen in Deutschland versuchen, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen, eine größere Anzahl von Geflüchteten aus den griechischen Camps aufzunehmen. Wir organisieren Erstkontakt und Austausch zwischen Initiativen und Politiker\*innen in Deutschland unter anderem mit dem „Greek Council for Refugees“, in einem Zoom-Meeting, bei dem man sich kennengelernt, Informationen austauscht und Ideen für gemeinsame Kampagnen erarbeitet. Daraus entwickelt sich eine bis heute sehr aktive Telegram-Gruppe, in der die Beteiligten einander schnell informieren, Fragen klären und Aktionen diskutieren und abstimmen können. Ein RLS-„Projekt“ ohne Projektnummer und Budget, aber für alle Seiten ein wichtiger Ort der Vernetzung und gegenseitigen Stärkung.  
**Maria Oshana** (Leiterin des RLS-Regionalbüros in Athen)

# Lassen wir das Leben gewinnen

Nein, wir ertragen keine weitere Krise: ein Gespräch mit Aktivist\*innen der griechischen Kampagne „Covid-19: Lasst niemanden allein“

*Mit welchem Ansatz wurde „Covid-19: Lasst niemanden allein“ ins Leben gerufen?*

**Kostas:** Schon während der ersten Tage der Pandemie wurde uns bewusst, dass wir in einen Ausnahmezustand gerieten, der unsere Kommunikations- und Aktionsweisen verändern würde. So beschlossen wir – Einzelpersonen und Kollektive, die sich politisch der Linken zugehörig fühlen, rund um die Hauptachsen der Solidarität und der Verbreitung von Forderungen – eine Kampagne zur Intervention im öffentlichen Diskurs zu gründen.

**Antonis:** Am Anfang beschäftigten wir uns hauptsächlich mit der Gesundheitsversorgung und erhielten dann nach und nach Feedback zu unserer Arbeit. So bekamen wir Menschen in den Blick, die anfangs unsichtbar waren, und bemühten uns, ihnen eine Stimme zu geben.

**Dina:** Wir wollten Themen ansprechen, die von den Medien unbeachtet bleiben oder verzerrt dargestellt werden, wie etwa Übergriffe am Arbeitsplatz, häusliche Gewalt, Migration oder Obdachlosigkeit. Ganz allgemein wollten wir eine alternative Meinung dazu anbieten, wie die Dinge hätten sein sollen. Deswegen haben wir begonnen, Informationssendungen und Kommentare zu produzieren, die unregelmäßig im Internet verbreitet werden.

*Welchen Anklang fand die Initiative?*

**Antonis:** Als wir langsam bekannt wurden und Vertrauen gewannen, fühlten sich die Leute wohler dabei, ihre Gedanken und Bedürfnisse, zum Beispiel ihren Bedarf an Lebensmitteln, mitzuteilen. Und wir bemühten uns, darauf einzugehen.

**Dina:** Für uns war das auch Ausdruck des Wunsches, solidarisch zu sein und nicht einfach isoliert zu Hause eingesperrt zu bleiben. Das gab uns den Mut, weiterzumachen, denn wir merkten, dass unsere Bemühungen für die Gesellschaft nützlich sind.

**Kostas:** Die Situation in der Arbeitswelt war zum Beispiel chaotisch. So zeigten wir willkürliche Praktiken in großen Unternehmen auf, aber auch in staatlichen Behörden wie etwa dem Amt für Asyl, dessen Beschäftigte ihre Arbeitsverträge nicht verlängert bekamen.

*Welches der Themen, mit denen ihr euch beschäftigt habt, hat euch persönlich am meisten berührt?*

**Kostas:** Spätnachts kam im Posteingang unserer Seite eine Nachricht von einer Frau aus Nikea an. Sie musste ihren Ehemann ins Krankenhaus bringen, wusste aber nicht, wie. Bei verschiedenen Behörden hatte sie nichts erreicht, und sie hatte kein Auto. „Ich weiß nicht, an wen ich mich sonst wenden kann“, schrieb sie. Wir mobilisierten Leute aus der Kampagne, die in der Nähe wohnten, so fand sich ein Auto, und der Krankentransport konnte stattfinden.

**Dina:** Mich hat die große Resonanz von Künstlern auf unser Online-Konzert berührt. Sie begann sehr

zögerlich, dann beteiligten sich aber so viele Musiker, dass wir ein Programm von 2,5 Stunden Dauer aufstellen konnten. Auch die Leseclubs mit Schauspielern, bei denen es hauptsächlich darum ging, Menschen Gesellschaft zu leisten, die sich einsam fühlten. In letzter Zeit werden Künstler entweder als Nichterwerbstätige oder als gesellschaftlich inaktiv diffamiert, aber das stimmt ganz und gar nicht.

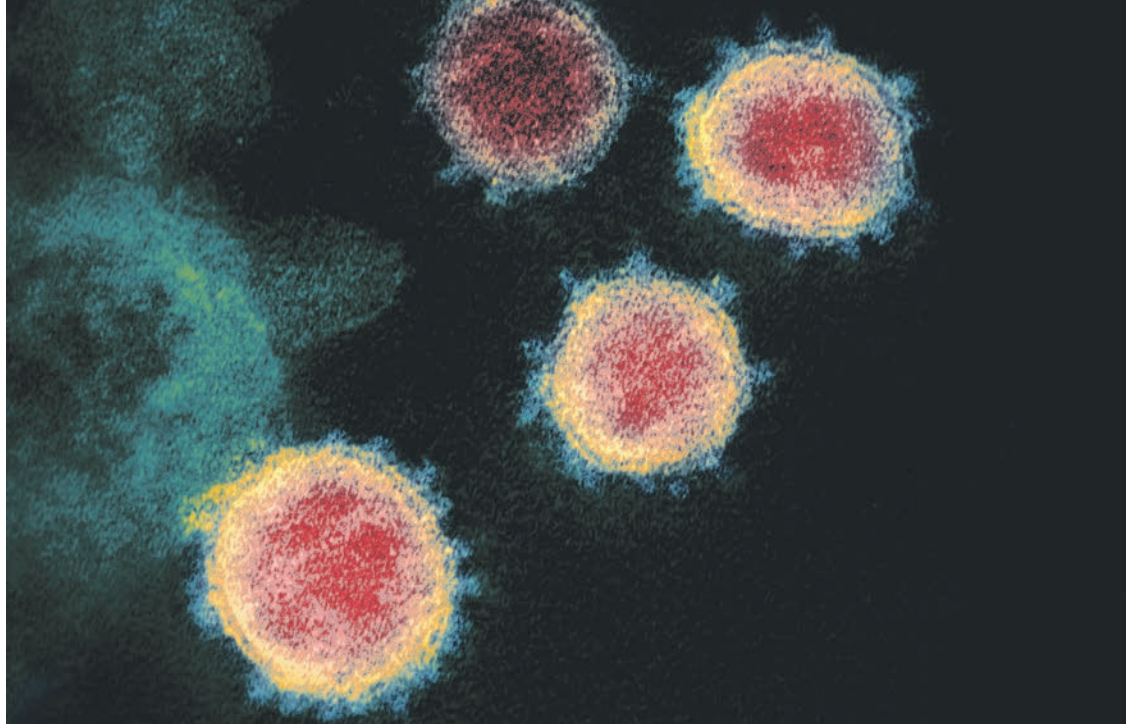
**Antonis:** Künstler fühlen sich vom zuständigen Ministerium verhöhnt. Sie werden behandelt, als wären sie nicht erwerbstätig, und erhalten keinerlei Hilfsmaßnahmen.

*Ein Begriff, der sich in der Pandemie großer Beliebtheit erfreut, lautet „individuelle Verantwortung“ – wie steht ihr dazu?*

**Dina:** Wir ziehen diesem ideologischen Konstrukt den kollektiven Geist vor. Wir betrachten die Einhaltung der Abstandsregeln als Bestandteil der Solidarität, wir achten darauf, um die Gesellschaft insgesamt und einzelne Risikogruppen zu schützen. Die Regierung hat tatsächlich sehr früh Maßnahmen getroffen, gleichzeitig ließ sie aber auch viele gesellschaftliche Gruppen ohne jegliche Unterstützung. Viele Arbeitnehmer arbeiteten weiter, ohne ausreichenden Schutz und Kontrolle. Senioren, Obdachlose, Geflüchtete wurden ohne jegliche staatliche Hilfe alleingelassen, und viele von ihnen hatten keinen Zugang zu den sozialen Medien, um einen Ausweg zu finden. Uns wurde vielfach von Militärlasernen berichtet, in denen keinerlei Schutzmaßnahmen getroffen wurden. Wir wissen, dass Frauen und LGBTQI+-Personen gefährdet waren beziehungsweise zu Hause misshandelt wurden. Das Krisenmanagement zur Bekämpfung einer Pandemie hat klassenspezifische, ethnische und geschlechtsspezifische Merkmale. Die Ärmsten sind immer am stärksten betroffen.

**Kostas:** In ihrer überwiegenden Mehrheit hat die Gesellschaft die Regeln zum Schutz von Angehörigen eingehalten. Für den Staat fällt diese Auswertung ganz anders aus: Es wurde Zeit gewonnen, die angeblich dazu genutzt werden sollte, das Nationale Gesundheitssystem zu stärken. In dieser Richtung ist aber nur sehr wenig geschehen. Griechenland nimmt einen der letzten Plätze ein, was Ausgaben für das Gesundheitswesen zur Bekämpfung der Pandemie betrifft. Es wurde kein festes Personal eingestellt, es wurde nicht einmal der Bedarf vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie gedeckt. Tausende Arbeitslose fielen nicht unter die angekündigte Unterstützung für Langzeitarbeitslose, da sie seit weniger als zwölf Monaten arbeitslos waren. Die arbeitende Bevölkerung hat sich, nicht ohne einen gewissen Stolz, an die vorderste Front gestellt, damit die Gesellschaft nicht zusammenbricht.

In Griechenland brüstet sich die rechtskonservative Regierung mit erfolgreicher Covid-19-Krisenbewältigung – doch die Beschäftigten im Gesundheitswesen stehen kurz vor dem Zusammenbruch, und viele Menschen plagt die Ungewissheit, ob sie morgen Arbeit haben werden. Dass die krisengewohnte griechische Gesellschaft daran nicht zerbrochen ist, verdankt sie einem verbreiteten Gefühl sozialer Verantwortung. Zahlreiche Initiativen zur gegenseitigen Hilfe und Solidarität standen denjenigen bei, die vom Staat alleingelassen wurden. Eine von ihnen ist die Kampagne „Covid-19: Lasst niemanden allein“: Entstanden aus der Not während der Pandemie, entwickelte sie durch das koordinierte Zusammenwirken von rund 700 Beteiligten vielfältige Aktivitäten, die auch nach den Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen fortgesetzt und erweitert werden. **Maria Louka** sprach mit **Kostas Fourikos**, **Dina Sotiriadou** und **Antonis Faras**.  
Übersetzung: Maria Oshana, Leiterin des RLS-Büros in Athen.



*Viele Intellektuelle auf der ganzen Welt sind beunruhigt, dass die Maßnahmen, die im Ausnahmezustand getroffen werden, beibehalten werden könnten. Erkennt ihr eine Tendenz, dass der Staatsapparat autoritärer wird?*

**Antonis:** Während des Lockdowns wurden alle Maßnahmen per Eilverordnung verabschiedet, ohne Debatte und parlamentarische Kontrolle. Die Regierung nutzt den Schock und die Quarantäne aus, um Vorschriften wie das neue Umweltgesetz zu verabschieden, gegen die sich unter normalen Umständen starker Widerstand regen würde. Sie haben der besetzten Fabrik VIOME ohne erkennbaren Grund den Strom abgeschaltet, Geflüchtete, die versuchten, aus den Internierungslagern zu fliehen, hart bestraft und im öffentlichen Dienst Polizisten eingestellt statt medizinisches Personal.

**Kostas:** Hier ist von einer Regierung die Rede, die auch vor der Pandemie eine klar autoritäre Richtung eingeschlagen hatte. Unter dem Vorwand der Einhaltung von Abstandsregeln die Bereitschaftspolizei auf Jugendliche losprügeln zu lassen, nur weil sie sich auf einem Platz treffen, ist ein politischer Missbrauch der Situation. Das ist in den Athener Vierteln von Agia Paraskevi und Kypseli passiert.

**Dina:** Zur Strategie der Disziplinierung zähle ich auch die vielen eklatanten Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte. Während die Polizei unterwegs ist, um Strafzettel wegen Verstößen gegen die Maskenpflicht zu verteilen, sind die Kontrolleure der Arbeitsinspektion völlig abwesend. Die ganze Zeit über gingen sie nicht mal ans Telefon. Viele Arbeitgeber werden versuchen, die Krise in eine Chance zu verwandeln, indem sie flexible Arbeitsformen einführen und Beschäftigtenrechte abschaffen.

*Habt ihr den Verdacht, dass der Lockdown unter dem Druck der Wirtschaft aufgehoben wird, ohne dass dabei alle Parameter verantwortungsvoll gewichtet werden?*

**Antonis:** Der Lockdown wird ganz eindeutig aus wirtschaftlichen Gründen aufgehoben, und zwar ohne Änderung des Systems zur Bewältigung der Gesundheitskrise: Es gibt keine Pläne für eine großzügige Unterstützung des Nationalen Gesundheitssystems, keinen Plan für Seniorenheime, keinen für die Öffnung der Schulen. Die arbeitende Bevölkerung muss sich selbst schützen, indem sie Schutzmaßnahmen und über eine gewisse Zeit den Betrieb nur mit Sicherheitspersonal fordert. Es sollte bewertet werden, was für die soziale Reproduktion erforderlich und was pure Ausbeutung ist. Als Kampagne werden wir auch diskutieren, wem diese Entwicklung dient und wie die Zeit nach Aufhebung der Maßnahmen verlaufen wird.

*Seit dem ersten Sparpaket sind zehn Jahre vergangen. Wird die Generation der heute 30- bis 40-Jährigen nun weitere zehn Jahre Austerität ertragen müssen?*

**Kostas:** Uns ist es nie richtig gelungen, Fuß zu fassen. Wir arbeiten viel, haben kaum Freizeit, werden schlecht bezahlt, und das in unserem produktivsten Alter. Wir haben studiert, um uns dann auf einem Arbeitsmarkt mit absolut prekären Bedingungen wiederzufinden. Und nun breitet sich eine dunkle Wolke über uns aus, die uns warnt, dass uns eventuell noch Schlimmeres bevorsteht. Nein, das ist kein Naturphänomen, das ist kein Gewitter. Wir können das nicht hinnehmen.

**Antonis:** Wir ertragen die Perspektive nicht, dass die Arbeitslosigkeit wieder steigt, dass eine neue Verarmungswelle ausbricht, dass unsere Freunde sich wieder gezwungen sehen, auszuwandern. Die Situation muss auf andere Art und Weise gelöst werden, durch Umverteilung von Reichtum, durch die Besteuerung der oberen Schichten.

**Dina:** Ich bin 31 Jahre alt und ertrage die Vorstellung nicht, in 20 Jahren auf mein Leben zurückzublicken und nur Stress und Anspannung zu sehen. Die Hauptparole unserer Kampagne lautet: „Lassen wir das Leben gewinnen.“ Das bedeutet mehr, als lediglich nicht durch die Pandemie zu sterben.